



Beschlussbuch zur Ordentlichen Juso-Bezirkskonferenz 2015

06. und 07. Juni 2015

Heimvolkshochschule Springe

Jusos 2015: Ändern wir die Welt, sie braucht es.

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Arbeitsprogramm Jusos 2015: Ändern wir die Welt, sie braucht es.	5
Antragsbereich: Antifaschismus	14
A1 - Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	14
A2 - Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag	19
A3 - Resolution zu PEGIDA	20
A4 - Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen	22
A5 - Alternative für Deutschland entlarven – Zum kritischen Umgang mit der AfD.....	23
A6 - Resolution: Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.	28
A7 - Unser Umgang mit Antisemitismus.....	31
Antragsbereich: Bildung, Schule und Hochschule	36
B1 - Inklusion an den niedersächsischen Schulen umfassend ermöglichen	36
B2 - Bezahlung von Lehrkräften in Niedersachsen	37
B3- Kostenfreie Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler – Chancengleichheit schaffen	38
B4- Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien	39
B5- Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen.....	40
B6- Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken	41
Antragsbereich: Feminismus.....	42
Fem1 - We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft	42
Fem2 - Für einen emanzipatorischen Umgang mit gesellschaftlich konstruierten Rollenbildern und Stereotypen	45
Fem3 - Eingliederung eines anonymen Bewerbungsverfahrens im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	48
Fem4 - Gendergerechter Ausbau von Eltern-Kind-Parkplätzen	49
Antragsbereich: Frieden.....	50
F1 - Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexportentscheidungen	50
F3 - Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten	51
Antragsbereich: Gesundheit.....	52
G1 - „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!	52
G2 - Schutz der ärztlichen Schweigepflicht	54

G3 - Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)	55
G4 - Wie gefährlich ist "bunt" spenden?	56
Antragsbereich: Inneres und Recht	57
IR1 - Vorratsdatenspeicherung ablehnen – kein Zurückfallen in alte sicherheitspolitische Reflexe!	57
IR2 - Umfassende Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten - Misstrauen vorbeugen, Vertrauen stärken	58
IR3 - Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord	59
IR4 - Gegen ein „Familienwahlrecht“	60
Antragsbereich: Internationales	61
I1 - Resolution - Handeln statt verhandeln: Mit EU-Sofortprogramm Menschen retten und Fluchtursachen bekämpfen	61
I2- Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!	63
I3 - Verbesserungen für Flüchtlinge: Mehrsprachige Broschüren, mehr Sozialarbeiter, umfassende Sprachkurse	64
I4 - Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!	65
I5 - Als hätten wir eine Wahl gehabt – Europäisches Wahlsystem weiterentwickeln	67
Antragsbereich: Kommunen und ländliche Räume	68
K1 - „LandLebensWert!“ – für eine Stärkung der ländlichen Räume in Niedersachsen	68
K2 - Musterantrag: ÖPNV außerhalb von Ballungsräumen neu denken	74
K3 - Recht auf selbstbestimmte Grundversorgung der Kommunen stärken	75
Antragsbereich: Organisation	76
O1 - „Jugend-Quote“ für kommende Kommunalwahlen	76
O2 - Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare auf SPD-Bezirksebene ..	77
O4- Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren	78
Antragsbereich: Soziales und Familie	79
S1 - Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.	79
S2 - Abschaffung familienpolitischer Transferleistungen	82
S3 – Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen.....	83
S4 – Bezahlbarer Strom ist wichtig	84
Antragsbereich: Umwelt und Nachhaltigkeit	85
U1 – Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln	85
U3 – Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland	87
U4 – Abschaffung der Kastenstände und Kettenhaltung in der Tierzucht	88
U5 – Zustellung kommerzieller Werbesendungen ökologisch sinnvoll gestalten	89

Antragsbereich: Verschiedenes	90
V1 – Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen	90
V2 – Schluss mit dem „3. Weg“! – Tarifsicherheit und ArbeitnehmerInnenrechte für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen	91
V3 – Inkonsequenzen beim Hundeführerschein beseitigen	92
V4 – Obdachlosigkeit erfassen	93
Antragsbereich: Wirtschaft und Finanzen	94
W1 – Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!	94
W2 – Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen	97
W3 – Europäische Schuldenstrategie überdenken	98
W5 – Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen	99
W6 – Wirtschaftsgewinn vor Menschenrechte? Nicht mit uns	100
W7 – Qualitätssicherung für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union	101
Ini1 - Finger weg vom Bundesverfassungsgericht!	102
Ini2 - Asylrechtsverschärfung stoppen! – Unterstützung des „Bündnisses für Bedingungsloses Bleiberecht“	103

Das letzte Jahr war ein unruhiges Jahr. Weltweit konnte ein ansteigen von Konflikten und Ressentiments beobachtet werden. Gleichzeitig zeigt sich erneut, dass die Sozialdemokratie nicht die politische Kraft ist, der die Menschen vertrauen die geforderten und erforderlichen politischen Veränderungen herbei zu führen.

- 5 Viele internationale Konflikte haben im letzten Jahr das Leben unzähliger Menschen gefordert. Mit dem Ukraine Konflikt ist Krieg nach Deutschland zurückgekehrt. In Nigeria führt Boko Haram eine Grausamkeit nach der anderen aus. In Syrien und im Irak tötet und zerstört der islamische Staat die gesamte Region.

Die Hoffnungen auf eine friedliche Welt nach 1990 haben sich ins Gegenteil verkehrt.

- 10 Hoffnungen setzen aber zeitgleich zehntausende Flüchtlinge auf ein besseres Leben in Europa. Viel zu häufig stellt die Überfahrt über das Mittelmeer den Tod für diese Flüchtlinge dar. Wir dürfen nicht zulassen, dass Europa weiter ein Bollwerk des Todes ist.

- 15 Gleichzeitig haben wir in Deutschland das Entstehen von reaktionären Bewegungen beobachten müssen. Mit vielfältigen Namen wird gegen vieles und viele demonstriert. Es macht dabei keinen Unterschied ob die Gruppierungen HoGeSa, PeGiDa oder PeGaDa heißen. Sie sind alle Teil eines durchgängigen rechten Gedankengutes. Wir müssen darüber diskutieren warum gerade jetzt diese Gruppierungen entstehen und viel Zulauf erhalten.

- 20 Zur selben Zeit gerät die Sozialdemokratie auch international immer stärker unter Druck. In Griechenland erhielt unsere Schwesterpartei PASOK gerade einmal 4,7 % nachdem sie 2009 43,7 % erhielt. In Großbritannien können wir eine Zersplitterung der politischen Linken in Labour, Nationalparteien und Grünen beobachten, mit dem Ergebnis, dass progressive Mehrheiten für Jahre ausgeschlossen sind.

- 25 Auch in Deutschland musste die SPD Wahlschläppen oder gar Niederlagen hinnehmen. Bei den Landtagswahlen in Hamburg, Bremen und Thüringen haben wir teilweise deutlich an Unterstützung verloren. Das wir trotzdem Teil der Regierung geworden sind kann nicht immer trösten. Gerade im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2016 in Niedersachsen müssen wir intensiv daran arbeiten, die Menschen motivieren zur Wahl zu gehen und die Sozialdemokratie zu unterstützen.

- 30 Innerhalb unseres Verbandes müssen wir daran arbeiten unsere Zielgruppenorientierung auszubauen. Als Flächengliederung ist es nicht immer einfach gleichzeitig organisatorisch schlagkräftig und inhaltlich stark aufgestellt zu sein. Im Arbeitsprogrammprozess haben wir diskutiert was verändert werden muss, was gleich bleiben muss und welche neuen Aspekte wir in die Arbeit hereinbringen.

Dieses Arbeitsprogramm wird die Grundlage unserer politischen Arbeit im nächsten Jahr darstellen. Wir wollen uns für eine neue Arbeitsweise einsetzen, mehr inhaltliche Seminare durchführen und die internationale Arbeit stärken.

Dezentralität bleibt für uns zentral!

5 Dezentralität bleibt für uns ein sehr wichtiger Aspekt der Vorstandsarbeit. So werden wir das dezentrale Abhalten unserer Vorstandssitzungen weiter fokussieren. Darüber hinaus gibt es mit den Seminaren auf Abruf das Angebot der politischen Bildungsarbeit in den Unterbezirken vor Ort – individuell auf die Gegebenheiten und Wünsche aller GenossInnen zugeschnitten.

10 Leitfäden und andere Arbeitshilfen für die Unterbezirke erstellen wir weiterhin gerne und stellen diese online für alle zur Verfügung. Außerdem betrachten wir das Bereitstehen als AnsprechpartnerIn für die Unterbezirke innerhalb des Vorstands als wichtige Querschnittsaufgabe, der wir sehr gerne nachkommen.

Öffentlichkeit

15 Die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksvorstandes soll weiter verstärkt werden. Wir wollen unsere Sichtbarkeit auf Facebook und Twitter erhöhen, mehr inhaltliche Artikel auf unsere Homepage stellen und in wichtigen Fällen Pressemitteilungen zum bundespolitischen Geschehen herausgeben. Wichtig ist uns neben der außenwirksamen Öffentlichkeitsarbeit auch die verbandsinterne Information: Um die Unterbezirke im Bezirk Hannover stärker miteinander bekannt zu machen, möchten wir jedem Unterbezirk die Gelegenheit geben, sich einmal jährlich zu präsentieren. Darüber hinaus wollen wir durch regelmäßige Mitglieder-Updates das Ziel einer transparenteren Vorstandsarbeit verwirklichen.

Starker Beirat – starker Bezirk

25 Der Beirat ist das höchste beschlussfassende Gremium auf Bezirksebene zwischen den Bezirkskonferenzen. Es ist deshalb besonders wichtig, dass der Beirat eine starke Stellung im Juso-Bezirk hat. Es soll weiterhin einE festeR AnsprechpartnerIn aus dem Vorstand benannt werden, um die Kommunikation zwischen Beiratsleitung und Vorstand erfolgreich fortzusetzen und ggf. zu optimieren.

Es soll gemeinsam mit der Beiratsleitung angestrebt werden, dass der Beirat mindestens dreimal im Jahr zusammentritt und natürlich immer dann, wenn die Unterbezirke es wünschen.

30 Unterbezirksvorsitzenden-Konferenzen

Neben einem starken Beirat soll es auch weiterhin Unterbezirksvorsitzenden-Konferenzen geben. Gerade für die Arbeit im Juso-Bezirk und -Landesverband sowie in der SPD ist der regelmäßige direkte Kontakt zwischen den Juso-Unterbezirksvorständen auf der einen und dem Juso-Bezirksvorstand auf der anderen Seite sehr wichtig. Hierbei sollen die 13 Unterbezirke und der Bezirk Erfahrungen austauschen und so die Vernetzung untereinander gestärkt werden.

Der Fokus liegt hierbei – im Gegensatz zum Beirat – auf der Unterbezirks- und nicht auf der Bezirksebene. Es gibt viele tolle Aktivitäten und Ideen in unseren Unterbezirken und wir wollen, dass die

Unterbezirke eine Plattform bekommen, auf der sie sich darüber austauschen können. Gleichzeitig soll die Bezirksebene für die Probleme vor Ort sensibilisiert werden und natürlich von den vielen Aktivitäten und guten Neuigkeiten aus den Unterbezirken erfahren.

Frauen gewinnen

- 5 In vielen Bereichen unseres Bezirks erleben wir, dass Frauen in der aktiven Juso-Arbeit stark unterrepräsentiert sind. Unser Ziel muss es daher sein, die Beteiligung von Frauen im Verband auf allen Ebenen deutlich zu verstärken indem wir sowohl mehr Frauen zur aktiven Mitarbeit motivieren als auch gezielt weibliche Mitglieder werben und binden. Dies wird eine langfristige Aufgabe sein, für die wir zunächst kontinuierlich reflektieren wollen wie unsere Arbeitsweise und Veranstaltungsformen für Frauen attraktiver werden können. Wir wollen bei diesem Thema auch die Unterbezirke unterstützen und mehr Sensibilität schaffen.

Zur Unterstützung der Arbeit von Frauen in unserem Verband werden wir uns außerdem am Aufbau eines Frauennetzwerkes beteiligen. Dieses soll eine niedrighschwellige Möglichkeit bieten Kontakt und Austauschmöglichkeiten zu anderen Frauen zu finden.

15 Awareness-Teams

- Wir stellen uns als Vorstand geschlossen gegen jede Art von Diskriminierung und Sexismus. Um insbesondere auf unseren Veranstaltungen und in Delegationen Vorfällen vorzubeugen aber auch Diskriminierung aktiv entgegenzuwirken und Betroffenen eine/n Ansprechpartner/in zu geben wird es jeweils ein Awareness-Team geben. Dieses soll auch die allgemeine Sensibilität für diskriminierende Situationen erhöhen.

Neumitgliederarbeit unterstützen

Die Jusos leben als Jugend der Partei von Neumitgliedern, deshalb gehört das Werben und das Betreuen von Neumitgliedern zu den Kernaufgaben der Unterbezirke. Wir werden in diesem Bereich helfen.

- 25 Zum einen stellen unsere Denkfabriken immer auch niedrighschwellige Seminarangebote zur Verfügung, die für Neumitglieder konzipiert sind. Zum anderen bieten wir einige Seminare auf Abruf an, die ein tolles Angebot für Neumitglieder sind. Darüber hinaus stellen wir entsprechende Leitfäden zum Thema bereit und stehen in diesem Punkt den Unterbezirken mit Rat und Tat gerne zur Seite.

Offene Arbeitsgruppen

- 30 Für uns ist es elementar mit den Unterbezirken in einen kontinuierlichen Austausch zu treten und Projekte gemeinschaftlich zu organisieren. Daher sollten die Arbeitsgruppen auf Bezirksebene so durchgeführt werden, dass für all unsere Mitglieder eine problemlose Teilnahme ermöglicht wird.

Bündnisarbeit

- 35 Im Sinne der Doppelstrategie sehen wir eine umfassende und kontinuierliche Bündnisarbeit als unbedingt notwendig. Wir wollen mit anderen, uns nahestehenden, Vereinen, Parteien, Initiativen und Verbänden zusammenarbeiten und ein enges Netzwerk bilden.

Das bedeutet konkret, dass wir einen engen politischen Austausch mit den Gewerkschaftsjungen suchen und fördern, um das Verhältnis zu diesen aufzufrischen. Ebenso sind auch die Falken für uns wichtige Partnerinnen und Partner. Wir möchten weiterhin gemeinsame Veranstaltungen mit ihnen planen und durchführen.

Der ‚BeVo im Gespräch‘: Unter diesem Motto wollen wir regelmäßig verschiedene Verbände und Organisationen einladen, um das Gespräch zu suchen und gemeinsam zu diskutieren. Dies soll ebenso zur besseren Vernetzung mit potentiellen BündnispartnerInnen beitragen. Aus diesen Gesprächsrunden könnten sich gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen entwickeln.

10 **Internationale Arbeit**

Für den Juso-Bezirk Hannover ist die internationale Arbeit ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. In der Vergangenheit haben wir erfolgreich internationale Austausche durchgeführt und uns mit Genossinnen und Genossen aus aller Welt ausgetauscht. Als internationalistischer Richtungsverband müssen wir uns immer wieder mit der Lage und der Arbeit unsere PartnerInnenorganisationen beschäftigen und wenn möglich eine solidarische Unterstützung ermöglichen.

Frankreich

Im Frühjahr 2015 hat eine Delegation des Bezirks Hannover die Mouvement des Jeunes Socialistes (MJS) unsere Partnerorganisation in Frankreich besucht. Dieser produktive Austausch über politische und inhaltliche Grundlagen hat beide Organisation voran gebracht. Wir wollen unseren engen Kontakt zur MJS weiterhin pflegen und weitere Möglichkeiten des politischen Austausches planen.

Weitere internationale Kooperationen

Darüber hinaus wollen wir auch Möglichkeiten überprüfen mit anderen jungsozialistischen Organisationen einen politischen Austausch einzurichten.

Kommunalpolitische Runde

Im Herbst des nächsten Jahres, genauer gesagt am 11.09.2016, steht in Niedersachsen die nächste Kommunalwahl an. Für uns ist es wichtig, dass auch möglichst viele Jusos in den kommunalen Parlamenten mitwirken.

Die kommunalpolitische Runde soll dabei als Vorbereitung für derartige Aufgaben dienen. Wichtig ist es uns hier aber primär vor allem eine Plattform des Austausches zu bieten. Einerseits unter potenziell Neu-Kandidierenden und andererseits auch mit Jusos, die bereits heute in einem kommunalen Parlament vertreten sind.

Aufbau & Stärkung von Juso-SchülerInnen Strukturen

Vor dem Hintergrund einer kontinuierlich rückläufigen Mitgliederzahl und auch einem immer geringeren Interesse an Tätigkeiten in Parteien bzw. teils auch einem grundsätzlich niedrigerem Interesse an Politik, ist es für uns wichtig hier schon in einer möglichst frühen Phase in den Dialog mit jungen Menschen zu treten. Als ein wichtiges Instrument sehen wir hier den Aufbau und die Stärkung von

Juso-SchülerInnen Strukturen, die wir gezielt, und in Zusammenarbeit mit den Unterbezirk, nach Kräften voranbringen wollen.

Keinen Unterbezirk zurücklassen +

5 Wir wollen aus den Erfahrungen der ersten Runde von „Keinen Unterbezirk zurücklassen“ (KUBZ) profitieren und versuchen ein langfristiges und Richtung Zukunft gewandtes Projekt zu etablieren, dass sich besonders darauf konzentriert sehr strukturschwache Unterbezirke gezielt zu stärken.

10 Elementare Bestandteile sind für uns daher eine ausführliche Analyse der Mitgliederstruktur in allen Unterbezirken; ein offenes und transparentes Auswahlverfahren; die gezielte Mitgliederwerbung vor Ort; Hilfestellung verschiedenster Art, wie u.a. bei der Erstellung von Materialien und der Durchführung von Veranstaltungen; eine strukturierte Aktivierung von Freiwilligen; eine kontinuierliche Evaluation und weitere ergänzende Punkte.

Das gesamte Projekt soll dabei in sehr enger Absprache und Kooperation mit dem / den ausgewählten Unterbezirk(en) durchgeführt werden.

Osterode willkommen heißen

15 Voraussichtlich wird noch im Jahr 2015 der Unterbezirk Osterode, derzeit Bezirk Braunschweig, in unseren Bezirk aufgenommen. Als Bezirksvorstand wollen wir in Zusammenarbeit mit dem aufnehmenden Unterbezirk Göttingen vor Ort die Genossinnen und Genossen aus Osterode mit einer angemessenen Willkommensfeier begrüßen.

Themenforen Digital

20 Wir wollen die Diskussionskultur der Jusos weiter stärken. Da Dezentralität für uns zentral ist, setzen wir uns für digitale Diskussions- und Themenforen ein. Dann kann jeder unserer GenossInnen von Göttingen bis Harburg mitdiskutieren und mitarbeiten, ohne dafür quer durch den Bezirk reisen zu müssen.

Denkfabriken und Seminare auf Abruf – unser neues Zwei-Säulen-Seminarkonzept

25 Im kommenden Vorstandsjahr möchten wir unser Seminarkonzept deutlich ändern. Das neue Konzept fußt auf zwei Säulen: den Denkfabriken und den Seminaren auf Abruf.

30 Die Denkfabriken werden im Vorstandsjahr viermal stattfinden. Geplant sind eine Denkfabrik: Sozialismus, eine Denkfabrik: Feminismus, eine Denkfabrik: Internationalismus und eine Denkfabrik: Grundlagen. Die Denkfabriken sind das zentrale Seminarangebot des Juso-Bezirks. Sie sollen jeweils von Freitagnachmittag bis Sonntagmittag dauern. Am Freitagabend soll zum Auftakt jeweils eine Diskussion zu einem aktuellen Thema mit prominenten PolitikerInnen geführt werden. Den Samstag und den Sonntag werden die Teilnehmenden dann in drei Gruppen mit verschiedenen Programmen verbringen. Durch die Teilung in Gruppen sollen verschiedene Angebote gemacht werden, damit sich alle - Neumitglieder und alte Häsinnen und Hasen – angesprochen fühlen. Im Rahmen der
35 Denkfabriken werden wir auch Geschlechterplena veranstalten und ggf. Exkursionen machen. Da Sexismus, Rassismus und jegliche andere Art von Diskriminierung auf keinen Veranstaltungen des Juso-Bezirks Hannover geduldet werden, gilt dies natürlich auch für unsere Denkfabriken. Um ent-

sprechenden Vorfällen vorzubeugen oder sie ggf. schneller zu erkennen und vor allem zu thematisieren, werden wir auf den Denkfabriken Awareness-Teams einsetzen.

Die Seminare auf Abruf werden in einem Katalog von den Mitgliedern des Bezirksvorstands angeboten. Die angebotenen Themen können dann entweder einzeln oder in beliebiger Kombination von
5 den Unterbezirken abgerufen werden, sodass die Seminare oder Abendveranstaltungen vor Ort auch individuell auf die Bedürfnisse der Unterbezirke abgestimmt werden können. Die Seminare auf Abruf umfassen sowohl die Auseinandersetzung mit Inhalten aus verschiedenen Politikfeldern als auch das Erlernen von Soft Skills, die für die erfolgreiche Juso-Arbeit vor Ort wichtig sind.

10 Zwei Säulen – eine Mission: Die politische Bildungsarbeit im Juso-Bezirk Hannover für das kommende Jahr gut aufstellen. Wir sind uns sicher, dass wir hier ein gutes Konzept gefunden haben, dass zum einen auf die zentralen Denkfabriken mit breiten Angeboten und zum anderen auf die Seminare auf Abruf mit einem dezentralen und individuellen Charakter setzen.

Im Folgenden möchten wir nun noch ausführen, welche Themenfelder und welche Problematiken wir im Einzelnen auf unsere Themenagenda setzen möchten.

15 **Denkfabrik: Grundlagen**

Neben den drei inhaltlichen Denkfabriken soll die vierte Denkfabrik eine Veranstaltung sein, die sich der Vermittlung des Juso-Handwerkszeugs widmet. Es wird ein breit gefächertes Angebot geben, das von grundsätzlichen Organisationsfertigkeiten über die Durchführung von Kampagnen und die Bedienung unseres CMS-Programms bis hin zu rhetorischen Inputs reicht.

20 Wir wollen, dass aktive Jusos im Bezirk Hannover für Juso-Konferenzen und Parteitage sowie für die Juso-Arbeit vor Ort – nach innen wie in die Presse- und Parteiöffentlichkeit hinein – gut gerüstet sind. Hierzu wird unsere Denkfabrik: Grundlagen einen erheblichen Anteil beitragen. Natürlich wollen wir auch hier Angebote schaffen, die erfahrene und weniger erfahrene GenossInnen ansprechen. Diese Denkfabrik soll die wesentlichen Angebote des bisherigen Herbstplenums fortsetzen und diese
25 ggf. erweitern.

Bildungspolitik

Aktuell gibt es auf vielen Ebenen verschiedenste Diskussion zum Thema Bildungspolitik. Ein neues Schulgesetz wurde verabschiedet und die Schullandschaft steht vor einem grundlegenden Umbruch.

30 Diese Entwicklung unterstützen wir und wollen sie auch weiterhin aufmerksam und wenn notwendig auch kritisch begleiten, denn Bildung ist einer der elementarsten Bestandteile im Leben einer jeden / eines jeden von uns.

Europa

35 Auch in dieser Amtsperiode wollen wir uns verstärkt mit europäischen Themen auseinandersetzen. Europa befindet sich derzeit im Umbruch - es bieten sich viele Schwierigkeiten, aber ebenso viele Chancen für alle EuropäerInnen.

Durch das Thema Europa wollen wir die Möglichkeit nutzen um mit GenossInnen in verschiedenen Workshops über aktuelle Themen zu diskutieren. Ziel ist das Thema als Teil unserer inhaltlichen Arbeit zu erhalten und für einen kontinuierlichen Austausch zu sorgen.

Flüchtlinge

- 5 Da sich mehr als 50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befinden, ist es für uns äußerst wichtig unseren Beitrag für diese Menschen zu leisten. Deshalb werden wir uns für die Flüchtlinge einsetzen, uns ein Bild von ihrer Unterbringung machen und mit ihnen das Gespräch suchen. Außerdem werden wir uns mit der geplanten Asylrechtsverschärfung auseinandersetzen.

Frauenpolitik

- 10 Wir wollen uns in diesem Jahr auch weiter mit dem Thema Frauenpolitik beschäftigen. Wie sieht Feminismus in der praktischen Umsetzung in verschiedenen Politikbereichen aus? Im Fokus soll dabei die Frage stehen, wie unsere Vorstellungen von Erwerbstätigkeit, Sicherungssystemen und Familienpolitik aussehen müssen um tatsächliche Gleichberechtigung zu erreichen und gesellschaftliche Machtstrukturen zu verändern. Frauen stehen heute vor vielfältigen Herausforderungen – aufgrund von eigenen sowie gesellschaftlichen Erwartungen hinsichtlich Arbeit und Familie ebenso wie der Verdichtung von Lebensphasen. Mit diesen Schwierigkeiten und unseren Ideen für eine gleichberechtigte, emanzipierte und zukunftsfähige Gesellschaft wollen wir uns befassen, damit Gleichberechtigung auch im Alltag ankommt.

Inneres

- 20 Innenpolitische Fragestellungen sind für uns von hoher Relevanz. Wir wollen uns u.a. intensiv mit der Ausgestaltung des Verfassungsschutzes sowie der parlamentarischen Kontrolle auseinandersetzen und dabei auch die Grundsatzfrage nach der Existenzberechtigung von Nachrichtendiensten nicht außer Acht lassen. Damit verzahnt werden wir uns auch mit dem Phänomen und Begriff des Extremismus und der Extremismustheorie befassen.

Internationales

- 25 In unserer politischen Arbeit wollen wir uns stärker internationalen Themen zuwenden. Auf zahlreichen Juso-Veranstaltungen hat sich ein starkes Interesse unserer Mitglieder an Diskussionen zu Fragen der internationalen Politik gezeigt. Indem wir in Zukunft diesem Themenfeld mehr Raum einräumen, wollen wir zugleich unser außen- und sicherheitspolitisches Profil schärfen, beispielsweise zur Schutzverantwortung und zur europäischen und globalen Asylpolitik.

Zukunft der Arbeit

- 35 Arbeit und Arbeitspolitik sind für uns zentrale politische Themen. Wir werden uns deshalb zu Fragen der zukünftigen Ausrichtung einer jungsozialistischen Arbeitspolitik beschäftigen im Rahmen der Denkfabriken und im gemeinsamen Seminar mit den anderen niedersächsischen Bezirken und Bremen im Sommer 2015.

Kampf gegen Rechts

Der Kampf gegen menschenverachtende Ideologien ist bereits seit vielen Jahren ein zentraler Bestandteil der Arbeit von Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Natürlich werden wir auch im kommenden Jahr wieder gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und andere fragwürdige Weltanschauungen auf die Straße gehen!

- 5 Daher wollen wir regelmäßige ‚How to Demo‘- Seminare anbieten, um die GenossInnen vor Ort in den Unterbezirken auf Demonstrationen gegen Rechte vorzubereiten.

Außerdem möchten wir eine Vorbereitung für die Demo „Bad Nenndorf blockieren“ etablieren. Seit vielen Jahren fahren Jusos aus dem gesamten Bezirk im August nach Bad Nenndorf, um dort den größten Nazi-Aufmarsch Norddeutschlands zu verhindern. Damit die GenossInnen vor Ort vorbereitet auftreten können, möchten wir eine gemeinsame Vorbereitung machen und die Unterbezirke bei der Anreise nach Bad Nenndorf unterstützen.

Auf ein Bier mit...

Nach unserer erfolgreichen Veranstaltung „Auf ein Bier mit Stephan Weil“ werden wir auch im kommenden Jahr Abende organisieren, an denen prominente GenossInnen mit uns ins Gespräch kommen werden. Der Fokus dieser Abendveranstaltungen liegt besonders darauf, eine Plattform zu etablieren, auf der im Juso-Bezirk Hannover zu tagespolitischen Themen diskutiert werden kann.

Starke inhaltliche Aufstellung

Der Juso Bezirk Hannover war in der Vergangenheit immer ein Impulsgeber für unseren gesamten Verband. Wir wollen in dieser Tradition verstärkt Reformimpulse in unseren Verband bringen und darüber diskutieren an welchen Stellen wir uns inhaltliche und personell (noch) besser aufstellen können. Dies wollen wir insbesondere auch unter Hinsicht des beginnenden Programmprozesses zur Bundestagswahl stellen.

Starke Jusos Niedersachsen

Die Jusos Niedersachsen sind die zentrale politische Ebene um Landespolitik zu gestalten. An der Tradition unseres Bezirkes die Landesebene zu stärken werden wir auch weiterhin festhalten. Die Reform des Landesverbandes erweist sich weiterhin als positiv - die Jusos wirken in die SPD Niedersachsen und sind das erforderliche Korrektiv.

Wir wollen weiterhin den Landesverband bei Parteitag und Parteiräten unterstützen. Aus dem Bezirk Hannover kommt ein Großteil der Juso-Delegierten für beide Gremien, dieser Verantwortung müssen wir gerecht werden.

Jetzt gilt es alle Mitglieder an der Gestaltung der Politik Niedersachsens teilhabenzulassen. Wir werden deshalb unsere Seminare weiterhin niedersachsenweit ausschreiben. Für uns hört die inhaltliche Debatte nicht an den Bezirksgrenzen auf.

Darüber hinaus wollen wir jeden einzelnen Unterbezirk dabei Hilfestellung leisten eine gute Rolle im Landesverband zu auszufüllen. Wir werden die politischen Debatten im Vorfeld von Parteitagen offener gestalten und kontinuierlich die Unterbezirksvorsitzenden über den aktuellen Sachstand der Debatten informieren.

Zusammenarbeit mit anderen Bezirken

Das letzte Jahr hat eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Bezirken in Niedersachsen gezeigt. Dies wollen wir weiterhin aufrechterhalten. Dazu wollen wir verschiedene Gelegenheiten nutzen, um die politische Zusammenarbeit auszubauen und gleichzeitig einen engeren Austausch zwischen den handelnden Akteuren haben.

Wir wollen durch niedrigschwellige Kulturveranstaltungen und inhaltliche Kooperationen unsere gemeinsamen Bezirke inhaltlich stärker, kulturell attraktiver und personell schlagkräftiger aufstellen.

Bundesebene

Als Bezirk Hannover wollen wir weiterhin eine verantwortliche Rolle im Bundesverband übernehmen. Das bedeutet für uns konkret den Verband organisatorisch zu stützen und inhaltlich voranzubringen.

Wir werden mehr Energie für die Kampagne #linksleben aufwenden und somit diese positiv voranbringen.

Darüber hinaus wollen wir die Landesorganisation Bremen bei der Ausrichtung des Bundeskongresses unterstützen.

Kritische Solidarität leben - die SPD auf Kurs

Die Jusos in unzertrennbarer Teil der SPD. Den größten Teil an konkreten politischen Veränderungen erreichen wir über unsere Arbeit in der SPD.

Die SPD ist unsere politische Heimat. Die Niederlagen der SPD sind Niederlagen der Jusos, Erfolge der SPD sind Erfolge der Jusos. Wir stehen in kritischer Solidarität mit der SPD und werden weiterhin entstehende Probleme im konstruktiven Dialog lösen. Wir streben deshalb eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Führung der SPD Bezirk Hannover an.

Gleichzeitig erkennt die SPD nicht immer die besseren Ideen der Jusos an. Deshalb ist es erforderlich selbstbewusst für unsere Positionen einzutreten. Die natürliche Rolle der Jusos ist ein links-progressives Korrektiv für die SPD zu sein. Dies wollen wir auch im nächsten Jahr deutlich machen. Wir werden deshalb weiterhin für unsere inhaltlichen und personellen Vorstellungen Mehrheiten gemeinsam mit anderen linken Kräften in der Partei suchen.

Wir werden insbesondere zum kommenden SPD Bezirksparteitag mit anderen AkteuerInnen daran arbeiten Mehrheiten für unsere personellen und inhaltlichen Interessen suchen - hierbei werden wir auch die Unterbezirke unterstützen.

Antragsbereich: Antifaschismus

A1	A1 - Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	
	AntragstellerInnen: Juso Bezirksvorstand	
	Weiterleitung SPD-Bezirksparteitag und Bundeskongress	

Dieses Jahr jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft zum 70. Mal. Das Gedenken an diese Zeit ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit von politischen und gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland.

5 Die deutsche Gesellschaft trägt bis heute die tragende Verantwortung für die Verbrechen des Nazi-
regimes. Hier geht es für uns nicht um die Frage ob einzelne Personen heute eine Schuld trifft. Diese
Personen, die sich in während der nationalsozialistischen Herrschaft eine konkrete Schuld angelas-
10 tet haben, gibt es ohnehin immer weniger. Zentral ist aber die Verantwortung daran zu erinnern wie
das NS-Regime an die Macht gekommen ist, was passiert ist und den Opfern Entschädigung zu leis-
ten.

Bis heute sind die Konsequenzen der massiven Unterstützung des Nationalsozialismus durch die
Deutschen sichtbar. Wir dürfen nicht vergessen, dass es der deutsche Faschismus war, der mordend
und zerstörend durch Europa und Afrika gezogen ist und die Welt für immer verändert hat.

15 Die heutigen Konsequenzen verblassen aber gegen dem unfassbaren Schrecken, das an Orten wie
Auschwitz, Bergen-Belsen, Babi Yar, Warschau, Dachau und unzähligen weiteren passiert ist.

Die größte politische Maxime unseres Handelns, der tatsächliche kategorische Imperativ muss sein,
dass sich diese Verbrechen niemals wiederholen. Für uns bleibt dies die zentrale Lehre und Heraus-
forderung unserer politischen Einstellung.

20 Gleichzeitig muss leider beobachtet werden, dass die Gedenkkultur in Deutschland sich teilweise
nicht mehr an dieser Frage ausrichtet. Eine positiv besetzte nationale Identität wird aus den Ereig-
nissen geschaffen, es wird dargestellt, dass die die deutsche Politik und Gesellschaft aus diesen Er-
eignissen gelernt habe und deshalb besonders resistent gegen rechtes Gedankengut sei.

25 Das finden wir nicht richtig. 70 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes müssen wir uns heute Gedan-
ken machen was wir von einer Gedenkkultur erwarten, auch unter der Hinsicht, dass immer weniger
ZeitzeugInnen leben. Eine sinnvolle Gedenkkultur kann nicht nur mit politischen Maßnahmen er-
reicht werden. Sie erfordert auch eine andere Debattenkultur, Selbstreflexion und einen Mentali-
tätswandel in unserer Gesellschaft.

Anforderungen an staatliche AkteurInnen

30 Staatliche AkteurInnen tragen eine zentrale Verantwortung im organisierten Gedenken. Als politi-
sche Organisation müssen wir deshalb darüber diskutieren wie dieses Gedenken konkret aussehen
kann und welche Anforderungen wir an das Gedenken heute stellen.

Gedenken als Grundlage politischen Handelns

Die Bundesrepublik Deutschland ist der juristische Nachfolger des Dritten Reiches. Daraus leiten sich besondere Erwartungen und Pflichten an PolitikerInnen ab. Die deutsche Politik muss sich immer wieder daran orientieren.

- 5 Wir fordern konkret: einen Schlussstrich kann es nicht geben. Die deutsche Politik muss sich immer klar im Gedenken an die Opfer der Verbrechen des NS Regimes bekennen.

Gedenken aus TäterInnen- und nicht aus Opferperspektive

- 10 Das politische Gedenken weitet den Opferkreis sehr weit aus. Der sogenannte Tag der Befreiung am 8. Mai hat inzwischen eine Tendenz bekommen, dass alle Deutsche Opfer des Faschismus waren und befreit wurden. Dies ist aus unserer Ansicht eine unzulässige Täter-Opfer-Umkehr.

Wir fordern konkret: der 8. Mai muss einen neuen Stellenwert bekommen. Dies ist mit einem arbeitsfreien Tag möglich. Gleichzeitig muss eine kritische gesellschaftliche Debatte geführt werden, ob der Begriff Befreiung angemessen ist.

Kein Deutschland als "Erinnerungs"-Weltmeister

- 15 Für viele PolitikerInnen ist die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen eine Selbstverständlichkeit. Das ist auf dem ersten Blick als positiv zu bewerten. Gleichzeitig wird dieses Gedenken in der Selbstwahrnehmung teilweise als positive nationale Selbstidentifikation genutzt. Das lehnen wir ab.

- 20 Eine positive Umdeutung der Gründe des Gedenkens darf es nicht geben. Gedacht werden muss der Opfer des NS-Regimes, nicht der vorgeblichen großen Fortschritte, die Deutschland vorgeblich seit 1945 gemacht hat.

Ideologische Kontinuitäten und konkrete Erscheinungsformen in den Blick nehmen

Die ideologische Grundlage für die Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 war nicht durch das Kriegsende aufgehoben. Auch heute noch gibt es in der deutschen Gesellschaft diese Grundlagen, die sich immer wieder in konkreten Erscheinungsformen äußern.

- 25 Dazu gehört auch kritisch darüber zu reflektieren wie Neonazis noch immer in Deutschland an vielen Orten ungehindert agieren können. Darüber gehört dazu auch eine ernsthafte Debatte wie die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ihre ideologische Grundlage in im Nationalsozialismus haben und wie diese Grundlagen sich auch in der fehlgeleiteten Arbeit der Ermittlungsbehörden widerspiegelt.

Antiziganismus ernstnehmen

- 30 Ein historisch betrachtet unterschätzter Aspekt der nationalsozialistischen Vernichtungsideologie ist der Antiziganismus. Mit Antiziganismus bezeichnet man rassistische Stereotype, Ressentiments und Vorteile über mobile ethnische Minderheiten, wie etwa Sinti und Roma. Schätzungen zu Folge sind 500.000 Sinti und Roma durch die NationalsozialistInnen ermordet worden, darunter mindestens 15.000 in Auschwitz-Birkenau. Bis heute sehen sich Sinti und Roma erhebliche Diskriminierung in Europa ausgesetzt, auch durch den deutschen Staat. Hier muss es ein klares Umdenken geben.

Insbesondere hierbei sind die Asylrechtsänderungen abzulehnen, die die Staaten Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien als sichere Drittländer definieren, da von dieser Änderung insbesondere Roma und Sinti negativ betroffen sind. Darüber hinaus muss Antiziganismus seinen Platz in der Gedenkpädagogik bekommen.

5 **Ressentiments gegen Flüchtlinge bekämpfen**

Das Thema Flüchtlinge polarisiert in Deutschland im letzten Jahr so stark wie Anfang der 1990er nicht mehr. Gerade bei Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte lässt sich im erschreckenden Maße feststellen, dass rassistisches Gedankengut in Deutschland sehr weit verbreitet ist. Die Ablehnung der Flüchtlingen wird mit rassistischen Begründungen versehen.

- 10 Wir erwarten von allen Verantwortlichen sich klar abzugrenzen von rassistischen Argumentationsmustern in der Debatte zur Aufnahme von Flüchtlingen. Darüber hinaus müssen die konkreten Gründe aufgedeckt werden, die sich in der Ablehnung widerspiegeln.

Antisemitismus

- 15 Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in Deutschland und Europa. Antisemitismus muss getrennt von Rassismus betrachtet werden, da auch andere Diskriminierungsformen jenseits des Rassismus sich in Antisemitismus widerspiegeln können. Hier lassen sich Kontinuitäten finden der Nahostpolitik NS-Regimes.

Veränderung der Gedenkpädagogik

- 20 Wir brauchen eine Veränderungen der Gedenkpädagogik. Zu häufig ist der Geschichtsunterricht an Schulen auf das Thema Nationalsozialismus beschränkt ohne historische Kontinuitäten und geschichtliche Grundlagen in den Blick zu nehmen.

- 25 Das bedeutet konkret eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus über ein Semester hinaus, insbesondere unter der Frage der historischen Ursachen, Auswirkungen und Weiterführung der nationalsozialistischen Ideologie in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mindestens einen Besuch einer Gedenkstätte mit ausreichender Vor- und Nachbereitung sehen wir als unerlässlich zur Aufarbeitung des Themas an.

Reparationszahlungen für Länder

- 30 Wir sprechen uns für eine möglichst verbindliche juristische Klärung der Frage aus, inwieweit etwaige Reparationszahlungen an die Kriegsgegner des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg – insbesondere Griechenland und Polen – noch bestehen und nicht schon abgegolten sind. Für den Fall des Bestehens fordern wir zügige Zahlungen.

- 35 Unabhängig von der emotional aufgeladenen Frage nach Reparationszahlungen sprechen wir uns in diesem Zusammenhang auch dafür aus, dass Kulturgüter, die im Krieg erbeutet worden sind, an die Herkunftsländer zurückzugeben sind. Bestehende Ansprüche anderer Staaten gegen Deutschland sind ernst zu nehmen und bei der Rückgabe aktiv mitzuwirken, beispielsweise mittels gründlicher Recherchen in Museen und Archiven.

Reparationszahlungen für Einzelpersonen

Bis heute sind viele Überlebende der Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre Angehörigen nicht entschädigt. Bis heute hat keine Entschädigung von Homosexuellen, Sinti und Roma, Deserteure der Wehrmacht und Zwangssterilisierten stattgefunden. Der deutsche Staat und deutsche Unternehmen haben sich darüber hinaus mit außergerichtlichen Einigungen aus der Verantwortung gezogen.

Wir fordern deshalb die unverzügliche Entschädigung aller überlebenden Opfer des NS-Regimes. Sollten noch-nicht-Entschädigte verstorben ist eine Entschädigung der nächsten Verwandten erforderlich.

10 Unternehmen einbeziehen

Viele deutsche Unternehmen haben vom Nationalsozialismus profitiert. Insbesondere durch Zwangsarbeit konnten viele Unternehmen ihre Profit steigern. Nach dem 2. Weltkrieg haben eine Reihe von Unternehmen in außergerichtlichen Einigungen Entschädigungen an Teil der ZwangsarbeiterInnen bezahlt, freiwillig ist dies jedoch nie passiert.

15 Aufarbeitung Verwaltung und Gerichte

Nach dem 2. Weltkrieg gelang es vielen ehemaligen NationalsozialistInnen wieder in die Verwaltungen von deutschen Behörden und Institutionen zu gelangen. Dies hatte zur Folge, dass die ideologischen Grundlagen des NS-Regimes auch in das staatliche Handeln der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Einzug erhielten. Es muss weiterhin wissenschaftlich untersucht werden, was die Auswirkungen dieser Kontinuitäten waren und klar gemacht werden, dass es keinen Schlussstrich nach 1945 geben kann.

Weiterhin Prozesse gegen Verantwortliche

Bis heute leben eine ganze Reihe von Verantwortlichen für die Verbrechen des NS-Regimes. Es ist wichtig diese Menschen auch heute noch zur Verantwortung zu ziehen.

25 Theoretisch-ideologische Ursachen in den Blick nehmen

Nationalsozialistisches Gedankengut entsteht nicht im luftleeren Raum. Gedenkkultur muss deshalb auch die Frage der theoretisch-ideologischen Ursachen in den Blick nehmen und deshalb insbesondere die Frage untersuchen warum insbesondere durch Deutschland der größte systematische Massenmord in der Geschichte durchgeführt wurde und warum es trotz jahrzehntelangem Gedenken es bis heute Erscheinungsformen nationalsozialistischer Ideologie in Deutschland gibt.

Unsere Rolle als Verband

Als jungsozialistischer Verband tragen wir eine besondere Verantwortung im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Nicht nur, weil viele Mitglieder der Sozialdemokratie von der NationalsozialistInnen ermordet wurden, sondern auch weil wir das Gedenken als zentrales Element unsere antifaschistischen Grundeinstellung sehen.

Individuelle Reflexion der eigenen Perspektive und daraus resultierenden Konsequenzen

Antragsbereich: Antifaschismus

Alle Jusos, insbesondere jene in Funktion, müssen sich Gedanken machen über ihre eigene Rolle im Gedenkprozess.

Verstrickungen aufdecken

- 5 Eine Reihe von Mitgliedern der SPD haben in der Zeit des NS-Regimes sich aktiv an diesem beteiligt und davon profitiert. Dies darf nicht verschwiegen werden. Deshalb ist es wichtig, darüber zu diskutieren was es für die Sozialdemokratie bedeutet, wenn führende Persönlichkeiten wie Karl Schiller, Heinrich Wilhelm Kopf und Karl Ahrens Mitglieder der NSDAP und anderer NS-Organisationen waren.

Erinnern und Gedenken nicht als Symbolik und Formilia

- 10 Als Gesamtverband müssen wir uns auch mit der Frage beschäftigen wie gedacht werden kann, ohne dies in eine formelle Pflichtveranstaltung werden zu lassen. Wir müssen deshalb eine natürliche Gedenkkultur fester in unseren Verbandsstrukturen verankern.

Erinnern und Gedenken verknüpfen mit aktuellen Formen des Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus

- 15 Für uns stellt die Arbeit des Erinnerns und Gedenkens auch eine Pflicht zur Bekämpfung der aktuellen Auswüchse von rechtem Gedankengut dar. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Rassismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus noch sehr verbreitet sind. Das bedeutet wir dürfen nicht nachlassen in unserem Kampf gegen diese Strukturen sei es auf der Straße bei Demonstrationen, Debatten innerhalb der SPD und durch inhaltliche Veranstaltungen.

20

A2

A2 - Tag der Befreiung als gesetzlichen Feiertag

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitungen: SPD Bezirksparteitag, Bundeskongress

Wir fordern, dass der 8. Mai ein gesetzlicher Feiertag in allen deutschen Bundesländern wird.

Dazu fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, den 8. Mai bundesrechtlich als gesetzlichen Feiertag festzulegen.

5 Da die Festlegung von Feiertagen grundsätzlich in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, fordern wir die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion dazu auf, einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzubringen, der diesen Tag durch die Sonn- und Feiertagsgesetze rechtlich schützt.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob der 8. Mai auf Grund seiner historischen Bedeutung als Nationalfeiertag geeigneter ist als der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, oder zumindest dem 3. Oktober in seiner Bedeutsamkeit gleichgestellt wird.

10

A3

A3 - Resolution zu PEGIDA

AntragstellerInnen: UB Göttingen

Die Demonstrationen der Gruppe PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) sind rassistisch und ideologisch geprägte Veranstaltung, die wir als Jugendorganisation der SPD auf das schärfste ablehnen. Es ist daher die Aufgabe der Jusos, der SPD und aller ihnen nahestehenden Organisationen das wahre Gesicht von PEGIDA zu entlarven und klarzustellen, dass unsere Gesellschaft eine bunte und vielfältige ist.

Auch verkennen sie, dass die deutsche Gesellschaft heute mehr denn je eine vielfältige ist. Und das ist auch gut so! PEGIDA schürt jedoch Ängste gegen diese Vielfalt. Und dabei insbesondere gegen die schwächste Gruppe in unserer Gesellschaft, den Flüchtlingen. Seit geraumer Zeit war Fremdenhass nicht mehr so von der Mitte der Gesellschaft akzeptiert, wie seit PEGIDA. Jedoch ist diese Organisation nicht mehr die einzige Gruppe. Seit geraumer Zeit bilden sich nun schon diverse Ableger. Allen voran LEGIDA. Diese Gruppe zeichnet sich durch eine noch stärkere Radikalität aus, indem sie obskure Forderungen wie ein Ende des "Kriegsschuldkults" fordert. Eine Formulierung die man sonst nur aus Neonazi-Kreisen gewohnt ist. Diese und weitere Ableger, wie auch der noch in der Entstehung befindliche Verein "Direkte Demokratie für Europa", müssen - genau wie PEGIDA - gemeinsam politisch bekämpft werden.

Die Demonstrierenden verbreiten nicht nur islamophobe und ausländerfeindliche Parolen. Sie formulieren teils rechtskonservative bis extrem rechtsradikale Positionen. Sie glauben, dass ihre Warnungen längst überfällig sind und dass ihre Analyse von der Mehrheit geteilt wird. Sie verbreiten Angst auf der Basis von Vorurteilen. Dabei stellen sie sich selbst oftmals als eine von den Medien ausgegrenzte und denunzierte Gruppe dar. Ihr Vokabular instrumentalisiert historische Begriffe, wie die 1989 benutzte Parole „Wir sind das Volk“ und verkehrt sie ins Gegenteil. Die DemonstrantInnen von damals wollten Freiheit für alle. PEGIDA will dagegen Freiheit nur für wenige.

Wer seine Konflikte auf dem Rücken von Flüchtlingen austrägt oder diffuse Ängste nutzt, um sich auf Kosten von Asylsuchenden zu profilieren, disqualifiziert sich für einen Dialog mit der Spitze der SPD. Wer gegen Flüchtlinge hetzt, muss akzeptieren als RassistIn bezeichnet zu werden. Daher lehnen wir Juso den Dialog zwischen Sigmar Gabriel und PEGIDA aufs Schärfste ab. Eine Gruppe von menschenfeindlich argumentierenden Akteuren stellt keinen ausreichenden Grund dar, um als Parteivorsitzender einer linken politischen Partei mit den Mitgliedern von diesen zu reden. Stattdessen fördert ein Dialog auf dieser hohen Ebene lediglich die mediale Präsenz der Gruppe und zugleich auch den Eindruck, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei fische nach Stimmen am rechten Rand, was keinesfalls erstrebenswert sein kann. Stattdessen muss klar kommuniziert werden, dass wir Fremdenhass und Menschenfeindlichkeit keinesfalls dulden. Es muss deutlich sein, dass die Ängste, die PEGIDA schürt, unbeachtlich sind und dass unsere Gesellschaft eine tolerante und welt-offene ist. Dies auch den DemonstrantInnen von PEGIDA und seinen Ablegern zu vermitteln ist auch Aufgabe der politischen Parteien vor Ort. Die lokale Politik muss klarstellen, dass sie ihre Sorgen

wahrnimmt und erkennt. Sie muss aber ebenso deutlich machen, dass Fremdenfeindlichkeit nie die Antwort sein darf.

5 Auch wenn die Bewegung rund um PEGIDA derzeit abzubauen scheint, so wird das Grundproblem auch nach dem endgültigen Verschwinden der Organisation noch vorhanden sein: Das Gedankengut der bis zu 17.000 Menschen, die sich bereiterklärt haben an diesen Demonstrationen mitzuwirken. Sie und ihre SympathisantInnen stammen zu großen Teilen aus der Mitte der Gesellschaft und sie werden auch nach Ende der Demonstrationen nicht so einfach verschwinden. Eine Verschärfung des Asylrechts ist strikt abzulehnen. Stattdessen kann die Antwort nur eine offene Willkommenskultur sein, die wir auf allen Ebenen fördern müssen.

10

A4

A4 - Wider Pegida: Rechtsradikalismus überall bekämpfen

AntragstellerInnen: UB Holzminden

Weiterleitung: Bundeskongress

Die Jusos und die SPD bekennen sich klar zu einem weltoffenen und bunten Deutschland. Rechtsgerichtete oder sogar rechtsradikale Einstellungen und Aussagen lehnen wir klar ab.

5 In diesem Zusammenhang sind Bewegungen wie „Pegida“ und ihre Ableger, deren Gedankengut eindeutig deutschnational einzuordnen ist, ebenso abzulehnen. Ein echter Dialog ist mit den Anhängern dieser Bewegungen schon aufgrund falscher Vorannahmen und möglicherweise bewussten Falschdarstellungen unmöglich.

10 Darüber hinaus muss Aufklärung betrieben werden, um der Kriminalisierung von Bürgern mit Migrationshintergrund und Asylbewerbern ein Ende zu setzen.

A5

A5 - Alternative für Deutschland entlarven – Zum kritischen Umgang mit der AfD

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag

Anfang 2013 gründete sich eine neue Partei in Deutschland, die sich selbst rechts der CDU verortet. Seit der Bundestagswahl 2013 tritt die Alternative für Deutschland (AfD) bei regionalen und überregionalen Wahlen in der Bundesrepublik an.

5 Seit ihrer Gründung bemüht sich die AfD um ein bürgerliches Image. In ihren Führungszirkeln sind Menschen vertreten, die bereits vorher aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft bekannt waren. Seriöses Auftreten und scheinbar wissenschaftlich fundierte Argumente sollen Wählerinnen und Wähler anziehen. Die AfD versuchte von Anfang an, sich durch ein hohes Maß an Wirtschaftskompetenz zu profilieren und argumentiert stets mit euro- und europakritischen Argumenten.

Euro(pa)skepsis und nationale Interessen

10 So zählt Euro(pa)skepsis zu den politischen Kernthemen dieser Partei. Die AfD spricht sich in ihren Wahlprogrammen immer wieder für die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips aus und fordert weniger Kompetenzen der europäischen Union zu Gunsten nationaler Selbstbestimmung. Darüber hinaus sieht die Alternative für Deutschland die europäische Währungsunion als gescheitert an, der Wettbewerb unter den europäischen Staaten ginge nicht mehr gerecht zu, da keine Anpassung der
15 Währung an die einzelnen Volkswirtschaften erfolgte. Vor allen Deutschland würde durch die Währungsunion benachteiligt, da die Stabilität der deutschen Wirtschaft eine besser bewertete Währung verdiene. Als Konsequenz aus der gescheiterten Währungsunion fordert die AfD die Auflösung der Eurozone und möchte in Deutschland die D-Mark wieder einführen, als Alternative dazu bestünde die Möglichkeit eines sogenannten ‚Nord-Euros‘, der die nordeuropäischen Länder mit einer starken
20 nationalen Wirtschaft zusammenfassen würde. Eine gemeinsame Währung mit südeuropäischen Ländern und ihren „korrupten Wirtschaften“ würden Deutschland bloß schaden. Hier findet eine klare Abwertung südeuropäischer Länder statt, die auf Ressentiments basiert.

Reaktionäre Gesellschafts- und Bildungspolitik

25 Als „gesellschaftliche Grundeinheit“ bekommt die Familie besondere Aufmerksamkeit der AfD. Stärkung von Familien sieht die AfD als eine ihrer Kernaufgaben, doch dabei gelte es nur das reaktionäre und konservative Verständnis von Familie bestehend aus Vater-Mutter-Kinder(ern) zu schützen, alternative Lebensformen wie homosexuelle PartnerInnenschaften entsprechen laut AfD nicht der gesellschaftlichen Mehrheit und seien etwas abnormales.

30 So sieht die Alternative für Deutschland eine Aufklärung über alternative Lebensformen als schulisches Querschnittsthema als „Früh- und Hypersexualisierung“ von Kindern, die Schülerinnen und Schüler in ihrer individuellen Entwicklung überfordere. Die bildungspolitischen Forderungen der AfD setzen ganz klar auf Elitenförderung. Eine auf dem Leistungsprinzip basierende Argumentation der AfD sieht die Inklusion als gescheitert an und fordert die Beibehaltung von Förderschulen für eingeschränkte und leistungsschwache Kinder. Darüber hinaus möchte die AfD sich für die Rückkehr zu

einem drei gegliedertem Schulsystem, bestehend aus Gymnasium, Real- und Hauptschule, einsetzen. Inhaltlich soll der Unterricht an deutschen Schulen einen Schwerpunkt auf deutsche Kultur setzen, um das nationale Bewusstsein zu fördern. Die AfD möchte vor allem ein positives Gefühl deutscher Identität schaffen, indem im Geschichtsunterricht vor allem ein „deutlichen Schwerpunkt auf das 19. Jahrhundert und Befreiungskriege“ gesetzt wird, „die Grundlagen unsere Staates wurden in den Jahren 1813, 1848 und 1871 gelegt“. Dass die grausamen Taten des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland ebenso die nationale Identität Deutschlands prägten, wird in den Wahlprogrammen der Alternative für Deutschland nicht erwähnt.

Für den wissenschaftlichen und universitären Bereich fordert die AfD eine Rückbesinnung auf deutsche Stärken und damit die Beendigung des Bologna-Prozesses.

AusländerInnenfeindliche Einwanderungs- und Asylpolitik

Die Alternative für Deutschland wirft den etablierten und regierenden Parteien eine nicht regulierte Zuwanderung vor und fordert daher klare Regeln, die eine Einwanderung und Asylbeantragung drastisch erschweren. Argumentation und Aussagen erinnern hier stark an rechtsextreme Aussagen seitens der NPD. So wirbt die AfD im Bundestagswahlkampf 2013 mit einem Plakat mit der Aufschrift „Wir sind nicht das Weltsozialamt“, welches fast identisch mit einem Plakat der NPD ist („Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“). Die Alternative für Deutschland fordert, ZuwanderInnen Sozialhilfe und staatliche Leistungen „nur nach Standard ihrer Herkunftsländer zu gewähren“. Außerdem befürwortet die AfD eine Einwanderung nach Punktesystem, das eine Unterteilung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ ZuwanderInnen impliziert.

Außerdem fordert die AfD eine konsequentere Ausführung von Abschiebungen von AsylbewerberInnen, deren Asylantrag nicht bewilligt wurde. Von Humanität keine Spur.

Darüber hinaus fordert die Alternative für Deutschland die Einführung eines Hinweises auf Migrationshintergrund und Ethnie in den Akten bei einer begangenen Straftat. Dies soll bessere Aufklärung in den Statistiken über Straftaten herbeiführen. Hier liegt ganz klar eine Diskriminierung gegenüber Menschen nicht-deutscher Herkunft vor. Es wird unterstellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund oder nicht-deutscher Staatsbürgerschaft eher dazu neigen, Straftaten zu begehen, als Menschen mit deutschem Pass.

„Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“ als Populismus entlarven!

Qua Definition wird ‚Populismus‘ als eine Politik beschrieben, die sich besonders volksnah gibt und diffuse Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung weckt und für eigene Zwecke benutzt. Dabei beansprucht eine populistische Bewegung, für das Volk zu sprechen und behauptet, selbst Teil dieses Volkes zu sein. PopulistInnen polarisieren zwischen dem Volk und politischen Eliten. Dies äußert sich in scharfer Kritik an den etablierten (Volks-)Parteien, die als unfähig dargestellt werden. Daher ist die Forderung nach mehr direkter Demokratie typisch für populistische Bewegungen.

Hier lässt sich eindeutig das Verhaltensmuster der AfD wiedererkennen!

Die AfD greift irrationale Ängste der Bevölkerung auf, bauscht diese auf und präsentiert scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme. Dabei gibt sie sich besonders volksnah und beansprucht für sich, das auszusprechen, was die Mehrheit der Bevölkerung angeblich denkt. So wird zum Bei-

spiel die diffuse Existenzangst einiger Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen, um damit gegen die Euro-Rettungspolitik Stimmung zu machen. Die AfD nutzt Ressentiments, um gegen ‚die Griechen‘ Stimmung zu machen. Dabei soll den BürgerInnen vermittelt werden, dass das Geld, das eigentlich Deutschland und seinen EinwohnerInnen zustünde, nach Griechenland gehe.

- 5 Vor allem hinter den Aussagen einiger AfD-PolitikerInnen zu Asylfragen versteckt sich viel Populismus, teilweise sogar Rechtsradikalismus.

Mitglieder der AfD fallen immer wieder durch fremdenfeindliche und islamophobe Aussagen auf. So behauptet Alexander Gauland, Vorsitzender der AfD Brandenburg und Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Sachsen, man solle „eine Einwanderung von Menschen, die unserer kulturellen Tradition völlig fremd sind, nicht weiter fördern, ja, wir sollten sie verhindern. Es gibt kulturelle Traditionen, die es sehr schwer haben, sich hier zu integrieren. Von dieser kulturellen Tradition möchte ich keine weitere Zuwanderung.“ Diese kulturelle Tradition verortet Gauland „im Nahen Osten“.

Ebenso fremdenfeindlich ist eine Aussage von Petra Federau, Beisitzerin im Landesvorstand der AfD Mecklenburg-Vorpommern, in der sie sagt „wir holen uns nicht nur die Religionskriege, sondern auch alle Krankheiten der Welt ins Land“.

Jan-Ulrich Weiß, Landtagskandidat der AfD in Brandenburg, veröffentlichte auf Facebook eine antisemitische Karikatur, die impliziert, das Jüdinnen und Juden die ganze Welt beherrschen würden.

Uwe Wurlitzer, Kreisvorsitzender der AfD Leipzig, behauptete, der Islam sei problematisch, er hetze gewisse Leute auf und passe nicht zu Deutschland. Ein Mitglied des sächsischen Landesvorstandes geht noch weiter: Er artikulierte, dass der Islam eine fremde Religion sei und daher nicht die gleichen Rechte wie das Christentum haben könne. Der Islam gehöre, in seinen Augen, ausgemerzt.

Die Liste solcher Aussagen seitens verschiedener AfD-Mitglieder ließe sich mit diversen Aussagen fortführen.

Über diese ausländerInnenfeindlichen, antisemitischen und islamophoben Aussagen hinaus werden in der AfD auch chauvinistische und sozialdarwinistische Positionen vertreten. So versucht sich die AfD, außenpolitisch für eine Behauptung deutscher Interessen in der Welt und ein stärkeres deutsches Mitbestimmungsrecht in europäischen Organisationen einzusetzen. Mit der Begründung, dass Deutschland am meisten Geld in den Euro-Rettungsschirm investiert hätte, stünde Deutschland auch das Recht zu, die europäische Politik maßgeblich zu bestimmen.

Die bildungspolitischen Forderungen enthalten verdeckte sozialdarwinistische Forderungen. Durch die Förderung von Eliten und die starke Selektion nach dem Leistungsprinzip werden Menschen schwächerer sozialer Herkunft und niedriger Leistungsfähigkeit nicht mitgenommen, sondern im Stich gelassen.

Soziale Deprivation und geschürte Ängste

35 Der Einzug der AfD in das europäische Parlament, sowie in die Landesparlamente in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und jüngst auch in Hamburg zeigt, dass diese Partei es schafft, erfolgreich die Ängste von einem Teil des Volks aufzunehmen.

Analysen über WählerInnenwanderung zeigen, dass die AfD WählerInnenpotenzial aller Parteien abfischt. Die AfD zieht Wählerinnen und Wähler aller Parteien, bei den rechten Gedankengut teilweise nur in Ansätzen vorhanden ist, an. Während die bildungsfernen Schichten mit rechtsextremen Einstellungen eher dazu neigen, die NPD zu wählen, findet sich die rechtsextreme Mittelschicht in den Aussagen der AfD wieder.

Die Alternative für Deutschland konnte von den Nichtwählenden und den Protestwählenden viele Gewinne verzeichnen.

Das ist auf das subjektive Gefühl der sozialen Deprivation zurückzuführen. Menschen haben das Gefühl, sie würden in der Gesellschaft eine niedrigere Stellung einnehmen, als ihnen zustünde, fühlen sich benachteiligt oder gar isoliert. So entsteht Frust in Teilen der Bevölkerung. Die Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr mitgenommen und unverstanden. Das führt dazu, dass sie auf die Aussagen einer populistischen Partei anspringen, die für sich vermeintlich in Anspruch nimmt für das ‚einfach Volk‘ zu sprechen. Menschen, die mit ihrer Lebenssituation unzufrieden sind, sehen in der AfD ihre Hoffnung. Die Hoffnung, dass die eigenen Interessen endlich wahrgenommen werden.

Unterstützt wird dieses Phänomen dadurch, dass die AfD sogenannte ‚Outgroups‘ als vermeintliche Sündenböcke instrumentalisiert. So erfährt eine Aussage, die MigrantInnen unterstellt, in Deutschland die Sozialsysteme auszunutzen, bei jemandem, der sich vom Staat benachteiligt fühlt, Zustimmung. Die ‚Schuld‘ kann auf ‚die Ausländer‘ geschoben werden. So schürt die AfD basierend auf Ressentiments Abneigung und Angst gegenüber Menschen fremder Herkunft.

Forderungen:

Ständiger kritischer Umgang mit der Alternative für Deutschland

Den wachsenden Erfolg einer Partei mit rechtspopulistischen Hintergrund in Deutschland können wir nicht hinnehmen! Es ist auch die Aufgabe der SPD, die Politik der Alternative für Deutschland, die klar gegen bestimmte Gruppen zu hetzen versucht, immer wieder öffentlich zu kritisieren. Dazu gehört, den rechtsradikalen Hintergrund, der sich in Äußerungen von AfD-PolitikerInnen versteckt, immer wieder öffentlich zu machen. Solche Aussagen dürfen nicht einfach hingenommen werden, daher müssen wir immer wieder auf die Problematik dieser Aussagen hinweisen.

Wir müssen der AfD ihre Arbeit erschweren, indem wir immer wieder darauf aufmerksam machen, dass ihre Aussagen eindeutig dem rechten Rand zugehörig sind und nicht der Meinung der deutschen Bevölkerung entsprechen. Die AfD darf in der Öffentlichkeit nicht die Plattform bekommen, die sie gerne hätte, um sich als die neue Partei darzustellen, die, ihrer Meinung nach, das Volk repräsentiere. In Medien muss immer wieder herausgestellt werden, dass es sich in Wirklichkeit um eine rechtspopulistische Partei, mit nationalkonservativen und ausländerInnenfeindlichen Ansichten handelt.

Unser Selbstverständnis als demokratische Partei lässt eine Zusammenarbeit mit der AfD auf keinerlei Ebene zu. Zur scharfen Kritik an der Partei Alternative für Deutschland gehört natürlich auch, dass die SPD niemals eine Kooperation mit der AfD eingeht. Weder in kommunalen oder überregionalen Parlamenten, noch bezüglich bestimmter Themen außerhalb politischer Parlamente. Eine

Zusammenarbeit mit der AfD sende ein Signal, dass verheerende Folgen hätte. Für die SPD muss ganz klar gelten: Keine Zusammenarbeit mit RechtspopulistInnen!

Menschen mitnehmen – Ängsten vorbeugen

5 Als sozialdemokratische Partei darf die SPD die Menschen mit ihren Ängsten nicht allein lassen. Wir müssen konkreter auf die Wünsche, Bedürfnisse und Sorgen der Menschen in Deutschland eingehen. Frust, der zum Wählen rechtspopulistischer oder –radikaler Parteien führt, darf gar nicht erst entstehen und muss im Keim erstickt werden. Die SPD muss sensibler werden und ein besseres Gespür dafür entwickeln, was die Menschen in diesem Land bewegt. Wir müssen uns der Probleme unzufriedener Menschen annehmen und gemeinsam Lösungsorientiert handeln. Die Menschen
10 müssen sich ernst genommen und verstanden fühlen, damit sie gar nicht erst in das Gefühl der Deprivation abrutschen.

Darüber hinaus muss die SPD den Menschen immer wieder deutlich machen, dass die AfD keine ernstzunehmende politische Alternative ist und ihre Argumentation auf Panikmache und Ressentiments beruht.

15 Politische Bildung als Schlüssel im Kampf gegen Rechts

Darüber hinaus fordern wir eine bessere und umfassendere politische Bildung für Menschen Deutschlands. Hierzu soll auch eine neue Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen beitragen, die einen Fokus auf den kritischen Umgang mit der Alternative für Deutschland legt.

20 Leider ist festzustellen, dass in der gesellschaftlichen Mitte Deutschland ein gewisses Potential an rechtsextremen Einstellungen zu finden ist, das sich in verschiedenen Dimensionen äußert. Diese Menschen neigen natürlich eher zu rechten Wahlentscheidungen als Menschen, die ein gefestigtes Weltbild, ohne ausländerInnenfeindliche, chauvinistische, antisemitische oder sozialdarwinistische Einstellung, haben.

25 Nur durch kompetente politische Aufklärung, die bereits im frühen Schulalter ansetzt, kann die Entstehung und Weiterentwicklung rechter Einstellungsmuster verhindert werden. Daher sehen wir eine Notwendigkeit, die politische Bildung im Bereich Kampf gegen Rechts auszubauen.

Nur eine gute politische Aufklärung kann verhindern, dass Menschen auf die polarisierenden Aussagen von populistischen Organisationen reinfallen.

A6

A6 - Resolution: Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD-Bezirksparteitag, Bundeskongress

Seit dem Frühjahr vergangenen Jahres kommt es in Deutschland zu sogenannten Friedensdemos beziehungsweise Mahnwachen an Montagen. Die Demonstrationen richten sich nach eigener Aussage gegen die "gleichgeschalteten" Medien, gegen einen angeblich geplanten Krieg mit Russland und gegen die Politik des FED (Federal Reserve System).

- 5 Im Herbst schlossen sich diese Mahnwachen mit der traditionellen Friedensbewegung zusammen um zum Friedenswinter 2014/2015 aufzurufen. Gemeinsam wird zu vielen Veranstaltungen aufgerufen, es gab etwa eine gemeinsame Konferenz am 11. Oktober 2014 in Hannover. Höhepunkte sollen die Ostermärsche und Demonstrationen am 8. Mai sein.

10 Wir Jusos Bezirk Hannover setzen uns für eine friedliche Weltordnung ein. Diese muss sich an unseren Grundwerten richten. Kriegerische Auseinandersetzungen sollen ebenso wie Diskriminierung und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören. Deshalb lehnen wir die Aktion des "Friedenswinters" und die Montagswahnwachen ab. Beide stehen unseren politischen Werten entgegen.

Die OrganisatorInnen stehen nicht für eine progressive Politik.

15 Die OrganisatorInnen und UnterstützerInnen des Friedenswinters stehen zu großen Teilen nicht für eine progressive Politik. Die Rhetorik dieser Personen ist zu häufig von antisemitischen Ressentiments, Verschwörungstheorien und völkischen Phrasen durchsetzt. Ken Jepsen ist ein zentraler Akteur der Bewegung. Bis 2011 war er Radiomoderator beim RBB bis er wegen antisemitischer Ausfälle entlassen wurde. Heute verbreitet er seine antisemitischen Ansichten und Verschwörungstheorien auf seiner eigenen Homepage KenFM. Ein weiterer Organisator der Mahnwachen ist Jürgen
20 Elsässer, der die ultrakonservative Zeitung Compact betreibt.

25 Die OrganisatorInnen kritisieren die gleichgeschalteten Medien, die von dunklen Mächten kontrolliert seien und deshalb über die Bewegung kritisch berichten. Interviewaussagen des Anmelders der Berliner Mahnwache, Lars Märholz, in denen er sich dahingehend äußert, dass die FED für alle Kriege in den letzten 100 Jahren verantwortlich sei, sind klar geschichtsrevisionistisch einzuordnen. Solche Aussagen sprechen Deutschland von der Verantwortung für die Verbrechen der Nazis frei und behauptet, dass die Menschen von geheimen KriegstreiberInnen angestachelt würden. Diese Rhetorik kennt man bereits von den NationalsozialistInnen, die auch der Auffassung waren das deutsche Volk vor KriegstreiberInnen beschützen zu müssen.

30 Für uns Jusos ist klar: diese Menschen repräsentieren nicht unsere Politik. Wir wollen keinen Vor-schub leisten zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien und Geschichtsrevisionismus.

Die Kapitalismuskritik ist nicht emanzipatorisch.

Die Kapitalismuskritik der Friedensbewegung ist ausgrenzend und monokausal. In ihr wird der Kapitalismus durch starke Fokussierung auf BankerInnen, die FED und Zinspolitik simplifiziert, mono-

Antragsbereich: Antifaschismus

kausal und völkisch-antisemitisch kritisiert. Einzelne Personen werden für das Übel des Kapitalismus verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird ein "Zins-System" als Kernübel des Kapitalismus verantwortlich gemacht.

5 Wir Jusos wissen, dass das kapitalistische System totalitär und unabhängig von einzelnen Menschen besteht. Wir suchen keine Schuldigen für das System, unser Ziel bleibt die Überwindung dessen.

Antisemitismus lehnen wir ab.

10 Die Mahnwachen und der Friedenswinter dienen als Grundlage der Artikulation für antisemitische Vorurteile und Ressentiments. Kritik wird pauschalisiert an Regierungen, "der Ostküste" und sogar offen an "zionistische Banken" geäußert. Darüber hinaus zeigt sich seit dem letzten Gaza-Krieg ein klarer israelbezogene Antizionistischer-Antisemitismus mit den typischen Merkmalen der NSVergleiche, Doppelstandards und Symbolbilder, die traditionell antisemitisch sind. Insbesondere bieten die Demonstrationen immer wieder Plattformen für antistemitische Gruppen und Einzelpersonen.

15 Wir Jusos lehnen Antisemitismus ab. Die Solidarität mit allen Jüdinnen und Juden ist für uns Verbandsmaxime genauso, wie unsere kritische Solidarität mit dem Staat Israel. Wir lehnen jegliche Dämonisierung des Staates Israel ab.

Keine Verharmlosung des Nationalsozialismus

20 Ein Kernkritikpunkt der Friedensbewegung die Außenpolitik der USA und die Politik der NATO. Als progressiver Mensch kann man sicherlich eine Reihe von Entscheidungen der USA und der NATO kritisch sehen. Die Kritik der Friedenswinterbewegung ist aber deutlich umfassender. Im Rahmen der Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz wurde die NATO als schlimmster Kriegstreiber der Geschichte dargestellt und damit das millionenfache Leid, dass durch den 2. Weltkrieg ausgelöst wurde verharmlost. Diese Kritik ist durchaus kein Einzelfall sondern eher die allgemeine Ansicht der Bewegung.

25 Wir Jusos bekennen uns klar zu der Ansicht, dass der Nationalsozialismus und die durch ihn ausgelösten Kriege das zentrale Verbrechen der Menschheit und lehnen jede Relativierung und Verharmlosung ab.

Entschieden der Querfront entgentreten.

30 Die Mahnwachen- und Friedenswinterbewegung öffnet sich für rechte und linke Politik. So soll ein Grundkonsens geschaffen werden zu den zentralen inhaltlichen Übereinstimmungen. Aus diesem Grund finden sich neben Menschen, die sich als "links" sehen, viele ReichsbürgerInnen, verschwörungsideologischen Gruppierungen und ZinskritikerInnen. Lars Mährholz sucht den Handschlag mit dem Burschenschaftler Michael Vogt, der mit dem NPD Funktionär Olaf Rose eine revisionistische Dokumentation über Rudolf Heß produziert. Darüber hinaus zeigt sich immer wieder eine Nähe zu rechtsradikalen Bewegungen.

35 Der Friedenswinter wird gleichzeitig von vielen Abgeordneten der Partei "Die Linke" unterstützt. Dieter Dehm, Sarah Wagenknecht, Christine Buchholz und weitere traten etwa bei einer Demonstration am 13.12.2014 auf. Darüber hinaus wird der Friedenswinter auch finanziell durch eine Anzeige in der Friedenswinterzeitung unterstützt.

Für uns Jusos ist die Zusammenarbeit mit rechten Gruppierungen nicht hinnehmbar. Im Kampf gegen den Faschismus und eine neue Weltordnung kann es keine Zeit- und Zweckbündnisse mit rechten und anti-emanzipatorischen Gruppen geben.

Deshalb: Kein Frieden mit dem Friedenswinter

- 5 Der Friedenswinter bietet Anschluss für Personen die einem antisemitischem, paranoidem, rassistischem Weltbild folgen und eine verkürzte Kapitalismuskritik propagieren.

Wir Jusos stehen für eine gerechte und friedliche Welt. Wir stehen für die Überwindung von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Diese Ziele mit dem Friedenswinter nicht zu erreichen.

- 10 Wir rufen aus diesen Gründen alle Personen dazu auf sich nicht an den Aktionen des Friedenswinters zu beteiligen und entschieden gegen Antisemitismus, regressive Kapitalismuskritik und Querfrontsbewegungen entgegenzutreten.

A7

A7 - Unser Umgang mit Antisemitismus

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bundeskongress

Grundsätzliches zu Antisemitismus

Zunächst ist festzustellen, dass Antisemitismus zahlreiche Begründungsmuster und Artikulationsformen hat. So vereint Antisemitismus religiöse, historische, ökonomische, politische, psychologische, kommunikative und philosophische Aspekte. Antisemitismus kann auch als Weltdeutungssystem begriffen werden, welches so bei keiner anderen Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit existiert.

Antisemitismus als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat eine Einzigartigkeit inne gegenüber anderen Vorurteilssystemen, da er die diskriminierte Minderheit nicht erniedrigt, wie beispielsweise Rassismus bezüglich der Hautfarbe, sondern im Gegenteil dazu überhöht. Im Antisemitismus ist stets von einer sogenannten jüdischen ‚Elite‘ die Rede, die angeblich zu viel Einfluss auf das Weltgeschehen und die Gesellschaft habe und alles kontrolliere. Dadurch wird der jüdischen Minderheit keine Minderwertigkeit unterstellt, wie anderen diskriminierten Minderheiten. Antisemitismus legitimiert sich dadurch, dass man sich von der jüdischer Kontrolle und dem Einfluss befreien müsse.

Wichtig ist an dieser Stelle auch, sich zu vergewissern, dass es ‚die Jüdinnen und Juden‘ als homogene Gruppe gar nicht gibt. Diese Zuweisung bestimmter Eigenschaften zu einer vermeintlich ethnischen Gruppe ist eine Gemeinsamkeit zwischen Antisemitismus und anderen Rassismen. So sind ‚die Jüdinnen und Juden‘ sowohl Angehörige der jüdischen Religion, als auch des jüdischen Volkes.

Struktureller Antisemitismus, System- und Kapitalismuskritik

Antisemitismus ist eines der ältesten Vorurteilssysteme der Welt und wird deshalb auch oft als antimoderne Weltanschauung definiert. So wurzeln einige Vorurteile so tief in der Gesellschaft, dass sie einfach auf heutige Verhältnisse übertragen werden. Antisemitismus wird im Gegensatz zu anderen Rassismusformen nicht immer mit dem direkten Begriff der ‚Jüdin‘ oder des ‚Juden‘ artikuliert. Die Ressentiments werden auf eine abstrakte ‚Elite‘ übertragen. So geht beispielsweise Kapitalismuskritik stark verkürzt mit dieser Form antisemitischer Artikulation einher. Die Vorstellung, dass diese ‚Elite‘ die Welt kontrolliere und damit der eigentliche Ursprung kapitalismusimmanenter Probleme sei, wurde auch nach der 2008 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise regelmäßig kommuniziert. Die Lösung sehen AntisemitInnen darin, diese Elite zu beseitigen bzw. zu entmachten. Dieses Denken hat seinen Ursprung ebenfalls in dem uralten Vorurteil, dass Jüdinnen und Juden WuchereInnen, BetrügerInnen, und SpekulantInnen seien, was lediglich damit zu tun hat, dass für Jüdinnen und Juden im Mittelalter das Verbot verhängen wurde, gewöhnlichen gesellschaftlichen Tätigkeiten, wie Handwerksberufen nicht nachgehen zu dürfen. So waren Jüdinnen und Juden von den Aktivitäten der Gesellschaft bis auf die des Geldhandels ausgeschlossen.

Dieses Denken ist geradezu zwangsläufig verknüpft mit der Vernichtungsphantasie, dass die Prob-

Antragsbereich: Antifaschismus

5 lerne der Welt zu lösen seien, indem die Jüdinnen und Juden, artikuliert als die ‚Elite‘ beseitigt bzw. entmachtet werden. So haben auch nahezu alle Verschwörungstheorien gemein, einen antisemitischen Beigeschmack zu haben oder sie lassen sich ohne große Anstrengung auf das antisemitische Feindbild übertragen. So lässt sich auch der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber dem vermeintlich linken Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen nachvollziehen. Auch einige globalisierungs- und kapitalismuskritische Argumentationen sind verkürzt und deshalb oft antisemitisch. So wird aus Kapitalismus- lediglich Kapitalistenkritik.

Sekundärer Antisemitismus

10 Das Thema Antisemitismus ist mittlerweile eng verknüpft mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Geschichte. Die Shoa stellt einen Wendepunkt dar im Umgang mit Jüdinnen und Juden, denn sie ist der Auslöser des sogenannten sekundären Antisemitismus. Die beiden grundsätzlichen Motive des sekundären Antisemitismus sind die Relativierung und Leugnung des Holocaust und die Projektion der Schuld auf die Jüdinnen und Juden selbst als TäterInnen-Opfer-Umkehr.

15 Auch der Nationalismus und das Verlangen nach kollektiver Identität haben eine Katalysatorfunktion für sekundären Antisemitismus. Wer sich heute ungebrochen mit der deutschen Nation identifizieren möchte, wird auf das Hindernis Auschwitz stoßen und dazu tendieren, entweder die Fakten zu leugnen, die Schuld nicht anzuerkennen oder mit Gegenangriffen und Schuldprojektionen auf Jüdinnen und Juden zu reagieren. Es gibt sogar einen empirisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Nationalismus und der Ablehnung der Vergangenheitsbewältigung. Es geht nicht mehr
20 um die Frage der Exklusion der Jüdinnen und Juden aus dem nationalen Kollektiv wie bis 1945 und wie heute im Fall der „AusländerInnen“, sondern Jüdinnen und Juden werden wegen ihrer Mahnungen, den Holocaust und seine Ursachen nicht zu vergessen, für den prekären Zustand des nationalen Selbstbewusstseins mitverantwortlich gemacht.

25 In diesem Zusammenhang werden heutzutage immer wieder Stimmungen laut, wie zum Beispiel "Das ist 70 Jahre her, was hat das mit uns zu tun". Ziel solcher Behauptungen ist die Bagatellisierung der Shoa. Um wieder eine kollektive Identität herstellen und eine positive Beziehung zur deutschen Nation aufbauen zu können, wird die Geschichte relativiert, beispielsweise durch den Vergleich zu anderen Genoziden. Auch wird oft behauptet, die Jüdinnen und Juden wären auf einen eigenen Vorteil bedacht, indem sie an die Shoa erinnern. Dadurch versuchen vor allem Rechtsextreme die eigene Argumentation zu legitimieren, etwa durch die These "Man darf ja nichts mehr gegen Israel sagen, sonst ist man gleich Antisemit".
30

Israel-Kritik

35 Kritik an der Israelischen Politik in Bezug auf den Nahostkonflikt ist ein besonderes Feld der antisemitischen Agitation. Auch hier tritt ein sehr altes antisemitisches Vorurteil zutage. Religiöser Antisemitismus, welcher Jüdinnen und Juden den Vorwurf der JesusmörderInnen und VerräterInnen an der ‚wahren‘ Religion des Christentums anlastet, stellt immer die Existenzberechtigung des jüdischen Volkes an sich in Frage, seit über 2000 Jahren. Übertragen auf die heutige Situation wird wieder die Existenz des jüdischen Volkes durch die Existenz des jüdischen Staates kritisiert. Israel-Kritik ist somit oftmals nicht die Kritik am Handeln des Staates Israel, sondern an der Existenz des Staates
40 an sich.

Auch wird oft behauptet, Israel-Kritik sei ein gesellschaftliches Tabu, dabei ist eher das Gegenteil der Fall. Bei keinem anderen Konflikt auf der Welt besteht so ein großes Bedürfnis, das Handeln der Akteurin oder des Akteurs zu kommentieren, was beispielsweise immer wieder in den Kommentarspalten der großen und bekannten Onlinezeitschriften zu sehen ist. Wenn es mal wieder zu einer öffentlichen Debatte über den Nahostkonflikt kommt, scheint nahezu jedeR einE Israel-ExpertIn zu sein. JederR hat eine Meinung und eine wie und warum auch immer gefestigte Position zu diesem Thema, alle kennen die vermeintliche Wahrheit. Auch wird immer versucht, den Nahostkonflikt in ein Verhältnis zu setzen mit den Geschehnissen des Zweiten Weltkrieges, wobei die klassische TäterInnen-Opfer-Umkehr stattfindet. So wird beispielsweise immer wieder der Gaza-Streifen mit den Konzentrationslagern verglichen. Auch der Kritik gegenüber dem Handeln der Vereinigten Staaten liegt oft Antisemitismus zugrunde.

Wie wollen wir mit Antisemitismus umgehen?

Uns stellt sich immer wieder die Frage, wie man mit Antisemitismus umgehen sollte. Wir wollen uns an dieser Stelle klar positionieren, dass ein öffentlicher Fingerzeig oder lediglich der Vorwurf des Antisemitismus ohne eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema nicht unser Ziel sein kann. Allerdings ist das Wegschauen, Vergessen und Ignorieren der Zustände und der geschichtlichen Verantwortung ebenfalls nicht der richtige Weg. In der Debatte um Antisemitismus und Israelkritik sind die Fronten mittlerweile so verhärtet, selbst hier in Deutschland zwischen Menschen und Meinungen, die vom Nahostkonflikt weit entfernt sind.

Im öffentlichen Diskurs, in den sozialen Netzwerken und überall dort, wo über Jüdinnen und Juden, Israel oder auch den Holocaust diskutiert wird, wiederholt sich immer eine bestimmte Kritik, dass die Anschuldigung des Antisemitismus zu oft vorschnell getätigt wird und der Begriff nahezu inflationär verwendet wird. Genau hier ist Feingefühl geboten. Hier gilt es zu differenzieren zwischen legitimer Kritik am Handeln des Staates Israel und Menschenfeindlichkeit und Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden. Vorurteile, gegossen in bestimmte Semantiken sind vorhanden, jedoch fehlt oft das kritische Bewusstsein für die Brisanz bestimmter Äußerungen. So war sich unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel wohl nicht darüber bewusst, inwiefern sein Vergleich der israelischen Palästinenser-Politik mit einem Apartheid-Regime antisemitische Denkschemata reproduziert und Ressentiments befeuert. Auch einige andere MeinungsträgerInnen, ohne allen pauschal Antisemitismus vorzuwerfen, sind schon in dieses Dilemma geraten. Ein Urteil über den israelischen Staat sollte also immer ein historisches Bewusstsein und ein reflektiertes Wissen über das Phänomen des Antisemitismus voraussetzen.

All die ständig reproduzierten Vorurteile und Stereotypen gegenüber Jüdinnen und Juden sind nicht nur beim Straßenmob oder ungebildeten Menschen anzutreffen, sondern auch bei DichterInnen, DenkerInnen, PriesterInnen, Gelehrten oder PhilosophInnen. Selbst Voltaire betrachtete Jüdinnen und Juden als die „natürlichen Feinde“ aller Nationen. Antisemitismus ist also ein Ressentiment, wovor nahezu niemand gefeit ist, denn er ist mit der Geschichte der Menschheit seit langer Zeit eng verknüpft. So gilt es also, immer darauf aufmerksam zu machen und hinzuweisen. Viele Menschen setzen sich nie mit diesem Thema auseinander und können deshalb oft nicht zwischen legitimer Israel-Kritik und Antisemitismus, mal versteckt hinter vermeintlicher Kritik oder auch in Form flacher Hetze, unterscheiden. Andererseits muss auch betont werden, dass es sehr wohl zahlreiche Men-

Antragsbereich: Antifaschismus

schen gibt, die den Unterschied kennen, jedoch trotzdem antisemitische Parolen verbreiten und so Hetze gegen das jüdische Volk betreiben. Doch zwischen Kritik und der Reproduktion von Vorurteilen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es klare Grenzen. Deshalb fordern wir, diesem Thema größere Aufmerksamkeit zu widmen. Wir fordern die Partei dazu auf, sich sowohl innerhalb als auch außerhalb mit Antisemitismus und seinen Artikulationsformen auseinanderzusetzen.

Richtlinien im Umgang mit Antisemitismus

Ein pauschaler Fingerzeig auf AntisemitInnen allein entschärft noch keine Debatte. Doch eine Entlarvung antisemitischer Vorurteile und Ressentiments sowie eine Sprachregelung dazu, wie wir selbst Kritik am Handeln des Staates Israel formulieren wollen, sind unablässig.

Deshalb fordern wir die Partei dazu auf, mit einer einheitlichen und differenzierten Definition von Antisemitismus, diesen offenlegen zu können und so einen Umgang damit zu erleichtern. Zudem fordern wir die Partei dazu auf, jeglichen Antisemitismus in den eigenen Reihen zur Sprache zu bringen und zu verurteilen.

Die Tatsache, dass Antisemitismus ein uraltes und in der Gesellschaft tief verwurzeltes Vorurteils- und Weltanschauungssystem ist, verlangt auch in der Bildung eine Auseinandersetzung mit dem Thema. Im Schulunterricht sollte über das Judentum als Religionsgemeinschaft und Volk informiert werden und auch die Entstehung und Entwicklung des Antisemitismus sollte Teil des Lehrplans sein. Zuvor muss man sich allerdings damit beschäftigen, wie Bildung in der Schule zu diesem Thema stattfinden soll. Bundespräsident Gauck forderte beispielsweise einen KZ-Besuch für SchülerInnen verpflichtend einzuführen. Diese und andere Fragen müssen diskutiert werden.

Wir fordern die SPD dazu auf, sich für mehr Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus und seinen Ursachen in der Bildung stark zu machen.

Doch auch gesamtgesellschaftlich muss eine Auseinandersetzung in Form von verantwortungsvollem Umgang mit der Geschichte und Erinnerungskultur stattfinden, denn Deutschland hat eine besondere Verantwortung im Umgang mit Antisemitismus. An dieser Stelle kommt immer der Begriff „Schuld“ ins Spiel. Auch um eine Schuldzuweisung geht es uns an dieser Stelle nicht. Hier entsteht immer wieder ein Missverständnis: der deutsche Staat hat eine einmalige Verantwortung gegenüber diesem Thema, weil kein anderer Staat es uns abnehmen sollte, immer wieder an die Geschichte und ihre Ursachen zu erinnern und sie am Leben zu erhalten, auch nach den Zeitzeugen. Um über dieses Thema sprechen zu können ist ein historisches Gedächtnis bzw. ein historisches Wissen und Verantwortungsgefühl von Nöten. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand keine tiefgreifende Reflexion bzw. ein Bewusstseinswandel statt. Der Holocaust wurde eher als Besessenheit einiger weniger NationalsozialistInnen dargestellt. Damit hat man es sich sehr einfach gemacht. Dass Antisemitismus in nahezu allen Schichten der Gesellschaft verbreitet war und ist, wurde nicht erkannt. Statt Empathie für die Opfer zu empfinden wurde der Zivilisationsbruch im Zweiten Weltkrieg marginalisiert. Es finden vermehrt Schuldabwehr und Rechtfertigung als Vergangenheitsbewältigung statt. Letztendlich führt wie bei den meisten Konflikten nur der Dialog zum Ziel. Der Dialog mit den Betroffenen, denn wer keine Jüdinnen und Juden kennt, bekommt den alltäglichen Antisemitismus auch nicht mit.

Deshalb fordern wir einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zum Thema Antisemitismus und dem Umgang mit dem Holocaust, welcher sich nicht nur auf historische Daten und Jahrestage beschränkt, sondern in Form von Dialogforen mit allen Beteiligten und AkteurInnen.

Antragsbereich: Bildung, Schule und Hochschule

B1	B1 - Inklusion an den niedersächsischen Schulen umfassend ermöglichen	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Um die Inklusion an den niedersächsischen Schulen weiter voranzutreiben, müssen die Bedürfnisse der SchülerInnen, der LehrerInnen sowie der Eltern umfassend berücksichtigt werden. Wir fordern deshalb die niedersächsische Landesregierung auf sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- 5 - Die Klassengröße weiter zu verkleinern.
- Jede Schule muss durch mindestens eine sozialpädagogische Fachkraft mit einer entsprechenden Ausbildung unterstützt werden.
- Die angekündigten Weiterbildungsmaßnahmen für LehrerInnen müssen durch regelmäßige Weiterbildungen sowie eine (noch) grundlegendere Reform des Lehramtsstudiums ergänzt
- 10 - werden, welche außerhalb der Schulzeiten stattzufinden haben.
- In den entsprechenden Klassen muss ein zusätzlicher Lehrer oder eine zusätzliche Lehrerin mit sonderpädagogischem Studium anwesend sein.
- Die baulichen Umbaumaßnahmen für körperlich eingeschränkte SchülerInnen müssen voll
- finanziert werden.

15

B2

B2 - Bezahlung von Lehrkräften in Niedersachsen

AntragstellerInnen: UB Göttingen

- 5 Die Landesregierung wird aufgefordert, dass die Bezahlung aller Lehrkräfte innerhalb Niedersachsens angeglichen wird. Dieses bedeutet zum Einen die Angleichung der Gehaltszahlungen verbeamteter und nicht-verbeamteter Lehrkräfte, zum Anderen die Angleichung der Gehaltszahlungen an Lehrkräfte mit unterschiedlichen Ausbildungen (bspw. zwischen Gymnasial- und Grundschullehrkräften). Die Angleichung erfolgt für alle Lehrkräfte mindestens auf das Niveau von GymnasiallehrerInnen.

B3

B3- Kostenfreie Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler – Chancengleichheit schaffen

AntragstellerInnen: UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag

Wir fordern, dass die Beförderung aller Schülerinnen und Schüler kostenfrei wird. Die Kostenfreiheit muss dabei unabhängig von der gewählten Schulform, des besuchten Jahrgangs und eines evtl. bereits vorhandenen Schulabschlusses sein.

5

B4

B4- Neuregelungen bei den Terminen für die Sommerferien

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitungen: Bundeskongress

Die Länder Baden-Württemberg und Bayern sind mit in den Wechselrhythmus der Sommerferien aufzunehmen.

5 Sollte dies nicht möglich sein, legen die restlichen Bundesländer feste Kalenderwochen für den Beginn der zukünftigen Sommerferien in Absprache fest, dabei dürfen nicht zu viele Bundesländer gleichzeitig mit den Sommerferien beginnen und sie sollten keine Nachbarflächenländer sein.

Außerdem sollte der Zeitraum der Sommerferien in Deutschland nicht weiter ausgedehnt, sondern eher wieder verkleinert werden.

10 Schließlich sollen Ferien der Erholung der SchülerInnen dienen und nicht wirtschaftlichen Aspekten unterliegen.

B5

B5- Bafög für alle - Bildungsgerechtigkeit ermöglichen

AntragstellerInnen: UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitungen: SPD Bezirksparteitag, Bundeskongress,
SPD-Bundesparteitag

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine grundlegende Reform des Bafögs einzusetzen. Künftig soll jede/r StudentIn die Möglichkeit haben, unabhängig vom Gehalt der Eltern und unabhängig von der Art der Ausbildung und des Studiums Bafög beanspruchen zu können.

- 5 Bei der Rückzahlung ist auf die finanzielle Situation der Bafög-EmpfängerInnen Rücksicht zu nehmen, insbesondere sind Härtefälle zu berücksichtigen.

B6

B6- Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitungen: SPD-Bezirksparteitag, Bundeskongress

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die SPD Bundestagsfraktion sowie die Landtagsfraktion in Niedersachsen dazu auf, sich in der Hochschulrektorenkonferenz sowie den Bildungsausschüssen einzusetzen für

- 5 1. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in (internationalen) PhD-Programmen und Einzelpromotionen aller Fachdisziplinen bei gleichzeitiger adäquater tariflicher Eingruppierung
- 10 2. die gewährleistete Zahlung der Leistungen für die volle reguläre Dauer der wissenschaftlichen Qualifikation durch die Hochschulen und/oder Landeshaushalte
- 15 3. eine bessere Planbarkeit für NachwuchswissenschaftlerInnen an Hochschulen/Universitäten, auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, z.B. durch Änderungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WisszeitVG) und Neuinvestitionen im akademischen Mittelbau.

Antragsbereich: Feminismus

Fem1	Fem1 - We Want Sex Equality! - Grundlagen einer feministischen Gesellschaft	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	SPD-Bezirksparteitag und Bundeskongress	

Frauen nehmen heute exponierte Positionen in verschiedenen Bereichen ein, allen voran unsere Bundeskanzlerin. Aber auch in der Wirtschaft haben es Frauen in Spitzenpositionen geschafft. Dennoch schlägt dies nicht auf die übrige Gesellschaft durch, sie bleiben eine Rarität. Die Frauen, die es bis in die vorderste Reihe geschafft haben, werden vor allem mit männlichen Attributen belegt. Sie mussten sich in Männerdomänen durchsetzen und dementsprechend die dort vorherrschenden Verhaltensweisen aneignen. Jungen Frauen fehlen aber tatsächliche Vorbilder und damit auch Fördererinnen.

10 **#chauvis-in-die-tonne**

Gleichberechtigung ist noch nicht in der Gesellschaft angekommen. Bester Beleg dafür ist die letztjährige AFD-Kampagne „Ich bin keine Feministin...“. Die gezielte Förderung von Frauen hat ein deutlich negatives Ansehen in einigen Teilen der Bevölkerung. Insbesondere ist die Vorstellung verbreitet, die Gleichberechtigung sei bereits erreicht und Feministinnen würden nur immer mehr fordern. Schließlich hätten Frauen heute doch die gleichen Rechte wie Männer, diese müssten sie nur entsprechend nutzen. Fest verankerte Rollenbilder und Ungleichheiten werden dagegen kaum wahrgenommen oder unter den Teppich gekehrt. Das gesellschaftliche System benachteiligt aber nach wie vor Menschen, welche introvertierter und selbstkritischer sind. Dies betrifft in besonderem Maße Frauen. Deshalb wollen und müssen wir Jusos als feministischer Richtungsverband allen Relativierungen und Verklärungen gesellschaftlicher Missstände entschieden entgegenzutreten. Unsere feministischen Ideale sind noch lange nicht erreicht und deshalb gilt es dafür entschlossen zu kämpfen – Trotz allem!

25 **Gleichberechtigung hört bei Wahlen nicht auf - Reißverschluss bis zum Schluss!**

Selbst in unserer Partei sind wir noch weit von echter Gleichberechtigung entfernt. Schaut man auf die Wahllisten fällt auf, dass die Listen selber zwar quotiert werden, aber bei den Nachrückerplätzen diese Regelung umgangen wird. In unserem Verband ärgern sich Männer, wenn ausdrücklich zu einem Frauenseminar eingeladen wird. Unter Männern sind vielfältige, lange gefestigte Netzwerke vorhanden, sei es im Beruf oder eben im politischen Bereich. Frauen dagegen fehlt bis heute regelmäßig eine solche Unterstützung, was ihnen zum deutlichen Nachteil gereicht. In unseren Unterbezirken immerhin schaffen es Frauen auf viele wichtige Positionen, aber hier zeigt sich wiederum eine negative Wahrnehmung der Quote bei den Männern auf Grund der gezielten Besetzung mit Frauen.

35

Erste Triumphe und weitere Ziele – Frauen an die Macht!

5 Unsere Generation ist in einer Zeit aufgewachsen, in der viele Errungenschaften der Frauenbewegungen als selbstverständlich empfunden werden, welche aber noch keine sehr alten Siege sind, für die Frauen jahrelang kämpfen mussten und die lange Zeit als unerreichbar galten. Deshalb müssen wir uns heute umso mehr dafür einsetzen, dass Gleichberechtigung auch weiterhin ein gesamtgesellschaftliches Ziel bleibt und wir uns nicht auf dem bisher erreichten ausruhen!

Erwerbsarbeit ist zentral – auch für die Gleichberechtigung

10 Ein zentraler Faktor der Machtverteilung ist in unserer Gesellschaft die Verteilung der Erwerbsarbeit. Wenn wir Gleichstellung wollen, müssen wir daher zunächst in der Arbeitswelt für gerechtere Bedingungen sorgen. Für die Arbeitszeitmodelle des 21. Jahrhunderts gibt es aus feministischer Sicht einen zentralen Fokus: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum einen ist dieser Aspekt nach wie vor einer, der leider bis heute vor allem für Frauen beim Fortkommen in der Karriere ein unüberwindbares Hindernis darstellt. Zum anderen ist eine gleichberechtigte Arbeitsteilung im privaten Bereich zwischen Paaren sowie im beruflichen Leben zwischen Männern und Frauen erst dann in greifbare Nähe, wenn es gelingt, dass die Übernahme von Aufgaben im privaten Bereich für alle Menschen gleichermaßen möglich und auch selbstverständlich wird. Erst wenn aus Sicht von Unternehmen mit jungen Männern das gleiche „Familien-Gründungsrisiko“ verbunden wird, wie mit jungen Frauen, kann es zu einer gleichberechtigten gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung der Erwerbsarbeit kommen.

15 Dazu müssen wir die zu hohe Wochenarbeitszeit überdenken und über eine 32-Stunden-Woche diskutieren. Im europäischen Vergleich hat Deutschland hohe Wochenarbeitsstunden und die meisten Überstunden. Viele junge Frauen wollen in ihrer Karriere vorankommen, aber nicht auf Kinder verzichten; beides funktioniert oftmals nicht und so stehen die meisten Frauen wieder vor der Entscheidung, ihnen bleibt dann nur noch die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung um nicht ganz auf berufliche Selbstverwirklichung zu verzichten. Neben der Arbeitszeitverkürzung sind die wachsenden Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitszeiten ein wichtiges Segment. Flexibilisierung und Verkürzung der Wochenarbeitszeit dürfen dabei insbesondere vor den Chefetagen nicht Halt machen - auch die Führungspositionen müssen gleichberechtigt zugänglich sein. Auf der anderen Seite muss über eine gesamte Umverteilung der Erwerbsarbeit nachgedacht werden.

Frauen als „Anhängsel“ sind so 60er – Sicherungssysteme fit machen für das 21. Jahrhundert

35 Das bestehende Grundproblem der patriarchalischen Gesellschaft ist eine ungerechte Verteilung. Diese wird nicht zuletzt die Ausrichtung der Familienpolitik auf das Einverdienermodell befördert. Leistungen wie Betreuungsgeld, Ehegattensplitting und beitragsfreie Mitversicherung tragen dazu bei, die ungleiche Machtverteilung zu zementieren. Statt weiterer Belohnungsleistungen zu etablieren muss hier umgedacht werden und durch Sachleistungen Familien gezielt dort unterstützt werden wo es wirklich nötig ist. Unsere Familienpolitik hat sich an der pluralistischen Gesellschaft zu orientieren und daher jede Form der Familie gleichermaßen zu fördern.

„Ich will Feuerwehrfrau werden!“ – Geschlechterdomänen aufbrechen und überwinden

Als typische Frauenberufe verstandene Beschäftigungsfelder haben ein geringes Ansehen und werden in der Regel auch eher schlecht bezahlt. Hier müssen wir ansetzen, mit angemessenen Einkommen in sozialen Berufen. Eine gerechte, den Lebensunterhalt sichernde Entlohnung auch in den bisher eher weiblich besetzten Tätigkeitsbereichen muss unser Ziel sein.

5

Daher fordern wir:

- die 32-Stunden-Woche als neue Wochenmaximalarbeitszeit - wobei die Arbeitsauslastung nicht einfach durch Überstunden ausgeglichen werden darf.
- 10 -daran anschließend die Überwindung des 8-Stunden-Tages.
- dass diese Umverteilung von flexibleren Arbeitszeitmodellen, Job-Sharing-Modellen und damit mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse begleitet wird.
- die Familienpolitik umfassend auf Grundlage eines gleichberechtigten Familienbildes umzugestalten ist.
- 15 -eine Umverteilung, die die dominierenden patriarchalen Strukturen des Arbeitsmarktes aufbricht und so ihre Überwindung einleitet.
- die sogenannten Heimarbeitsplätze (auch Telearbeit genannt) nur mit ausdrücklicher Zustimmung der ArbeitnehmerInnen einzurichten. Hierbei muss gewährleistet sein, dass geltende Standards des Arbeitsschutzes und der Arbeitszeit nicht verletzt werden.
- 20 -dass die Flexibilisierung und die Umverteilung von Arbeitszeit an mehr Beschäftigte mit verbesserter Kommunikation innerhalb des Unternehmens einhergeht.

Über gesellschaftliche Konstruktionen und deren Bedeutung

In unserer Gesellschaft dominiert noch heute in weiten Teilen die Überzeugung, alle Menschen ließen sich in genau zwei Geschlechter (männlich, weiblich) einteilen. Diese seien biologisch festgelegt, unveränderlich und könnten spätestens bei der Geburt zweifelsfrei anhand der Genitalien festgestellt werden. Diese Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit und der Kategorie „Geschlecht“ ist im gesellschaftlichen Denken äußerst präsent. Dieses System besteht dabei aus Sex (biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht). Gender hat sich jedoch historisch entwickelt und ist keineswegs biologisch begründet.

Vielmehr ist dieses von Menschen gemacht und konstruiert. Dies bedeutet, dass man es somit auch insofern verändern kann, dass die von der Gesellschaft reproduzierte Zweigeschlechtlichkeit dekonstruiert wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in zwei Geschlechter keinen haltbaren Grund.

Dennoch werden alle Menschen in dieses System gepresst, auch wenn sie sich dem nicht fügen wollen oder schlichtweg nicht zu einer der beiden Alternativen passen. So müssen Inter* gesellschaftlich noch immer an ein Geschlecht „angeglichen“ werden.

Dabei verdeutlichen Inter*, Trans* und auch die völlig unterschiedlichen Gender, die innerhalb der beiden Alternativen vorkommen, dass Zweigeschlechtlichkeit und ein von Natur aus festgelegtes, unveränderbares Geschlecht nicht existieren.

Äußerst problematisch ist, dass mit der Zuweisung zu dem einen oder anderen Geschlecht bereits mit der Geburt ein sozialer Prozess einsetzt. Die Einteilung in „weiblich“ oder „männlich“ bestimmt ab der ersten Sekunde unseren weiteren Lebensweg. Denn mit unserer Geburt beginnt die Erziehung zu einer vermeintlich zu erfüllenden Geschlechterrolle. Durch diese Sozialisationsprozesse werden die Merkmale von „weiblich“ und „männlich“ anezogen, die später für die angeblich durch die Natur vorgegebene Unterscheidung herangezogen werden.

In der dabei entstehenden sozialen Ordnung werden die Geschlechter, die vom männlich patriarchalen sozialisierten Geschlecht abweichen, konsequent benachteiligt und von wichtigen Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen. Geschlecht ist also nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse.

Die besondere Rolle der Frau bei der Überwindung patriarchaler Strukturen

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. In dem vollen Bewusstsein, dass die Dekonstruktion der Geschlechter ein langwieriger Prozess ist, sehen wir die Überwindung des Patriarchats als ersten Schritt in Richtung dieses Zieles. Das bedeutet, dass wir uns verstärkt für die gesellschaftliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einsetzen. Es bedeutet aber auch, dass alle Men-

schen nach unserer Vorstellung frei und selbstbestimmt leben sollen und wir die Reproduktion der Rollenbildern und Stereotypen aktiv bekämpfen wollen.

Mit Erschrecken beobachten wir in den letzten Jahren einen gesellschaftlichen Rollback.

5 Oftmals wird Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Familienpolitik reduziert und somit werden automatisch wichtige Kernthemen in diesem Bereich negiert, die eigentlich unabdingbar wären. Insbesondere geht es dabei nicht mehr um die Überwindung des Patriarchats sowie die Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen. Aus diesem Grund fällt den Jusos eine Schlüsselrolle zu und wir müssen uns mehr denn je darum bemühen, diese Themen zurück auf die politische Agenda zu
10 führen. Um jedoch das Potenzial dafür zu entfalten, müssen wir Gleichstellung als zentrales Querschnittsthema in sämtlichen Politikfeldern behandeln. Die Erfahrungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass es immer mehr Jusos gibt, die den Feminismus als ein lästiges Ritual verstehen und abgeneigt sind, sich ein weiteres Mal mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Deshalb ist es notwendig, dass wir das Thema Feminismus in alle Bereiche unserer Juso-Arbeit integrieren, aufgrund seiner
15 Eigenschaft als Querschnittsthema und Bedeutung für den Verband.

Um eins vorweg zu schicken: Wir Jusos stellen uns klar gegen jede Form von Diskriminierungen - und zwar unabhängig davon, ob mensch aufgrund von Religion, Hautfarbe, Herkunft, Nationalität oder der sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Wir machen aber nicht den Fehler, dass wir sämtliche
20 Diskriminierungen in einen Topf schmeißen. Neben den bekannten Herrschafts- und Machtverhältnissen, die aus dem kapitalistischen System hervorgehen, gilt es für uns als FeministInnen stets darum, auf andere Strukturen hinzuweisen, die neben üblichen Machtstrukturen bestehen: den patriarchalischen Strukturen, die Frauen diskriminieren, da ihr zugeordnetes Geschlecht vom als Norm betrachteten, konstruierten männlichen Geschlecht abweicht. Dieses Politikfeld darf nicht als
25 untergeordnetes Problem verharmlost werden.

Die SPD war und ist immer noch Teil der emanzipatorischen Frauenbewegung. In der Vergangenheit hat die Partei wichtige Impulse gesetzt und für mehr Gleichstellung in der Gesellschaft gesorgt. Aber viel ist uns eben nicht genug! Deswegen ist es uns ein gewichtiges Anliegen, Frauen in unserem Ver-
30 band zu ermuntern sich mehr einzusetzen und gemeinsam mit uns zu streiten. Dabei müssen wir grade Frauen gezielt fördern, sie vernetzen und in ihrem politischen Handeln solidarisch stärken! Insbesondere müssen wir versuchen mehr junge Frauen für die SPD zu begeistern.

Sprache als Instrument

35 Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern ein diskursives Instrument gesellschaftlichen Handelns. Zugleich fungiert sie als Spiegel gesellschaftlicher Realität, stellt aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikulieren. Die Diskriminierung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch durch die Art und Weise,
40 wie gesprochen und geschrieben wird. Wir Jusos setzen uns daher für eine geschlechtergerechte Sprache ein, in der andere als männlich sozialisierte Menschen nicht nur mitgemeint und mitgedacht werden, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Dies gilt nicht nur für die öffentliche bzw. amtliche Schriftsprache, sondern auch für die gesprochene.

Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache genderbezogene Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und Konstruktion von Realität einwirken. Und genau aus diesem Grund verdeutlicht sich die immense Bedeutung unserer Sprache. Wenn wir Frauen und Männer in unserer Sprache gleichstellen, dann wird dadurch ein gedanklicher Prozess angestoßen, der sich auf unser gesellschaftliches Handeln auswirkt. Somit wird die wichtige Voraussetzung geschaffen, dass wir Gleichstellung in unserem Verband praktisch mit Leben füllen können. Denn die Macht und die Konstruktion patriarchaler Strukturen werden durch nicht-gegenderte Sprache verklärt.

Doch sehen wir uns heute noch vor enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als JungsozialistInnen begegnen müssen. Wir werden auch in Zukunft klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art kämpfen und uns entschieden gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Ausrichtung positionieren. Gemeinsam wollen wir als Jusos über unsere Form des Genders diskutieren. Hierzu wird der Bezirksvorstand ein Diskussionsforum im Rahmen der Denkfabrik Feminismus anbieten und die verschiedenen Formen des Genderns sowie ihre Bedeutung vorstellen.

Unser Ziel: Diskurs zur Dekonstruktion

Wir Jusos sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das fundamentale Recht hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und sprechen uns deshalb dafür aus, dass mensch nicht durch äußere Sozialisationsprozesse in gesellschaftliche Rollenbilder gedrängt wird. Wir fordern, dass sich alle Menschen frei entfalten können, und zwar auch unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechterrolle und ihrer sexuellen Orientierung. Ziel unserer Politik muss deshalb die Überwindung der von der heteronormativen und patriarchalischen Gesellschaft vorgegebenen Geschlechterbilder und letztendlich die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht sein.

Im Kampf für die Überwindung der männlichen und zweigeschlechtlichen Gesellschaft, mit Ziel des Beginns einer menschlichen, ist uns Jusos bewusst, dass wir noch einen schweren Weg zu gehen haben. Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns selbst und unserem Verband umgehen. Denn auch für (einige von) uns spielt die Kategorie Geschlecht immer noch eine große kognitive und lebenspraktische Rolle. Schließlich tragen auch wir durch unser Handeln dazu bei, dass die Unterscheidung von Menschen anhand zweier Geschlechter nach wie vor wirkungsmächtig bleibt. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, unser eigenes Denken und Handeln zu reflektieren und zu durchbrechen. Das gilt sowohl für uns in unserem eigenen Verband als auch in der Gesellschaft.

Um das zu erreichen müssen wir in unserem Verband in einen breit aufgestellten Diskurs treten und diesen dann in die Gesellschaft tragen. Unser Ziel muss es sein, die Gesellschaft für diese zentrale Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, denn nur dann kann das System hinterfragt und überwunden werden.

Die Regierungskoalition und die SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen sollen sich dafür einsetzen, dass ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) aufgenommen werden soll.

Dabei verstehen wir unter anonymisierten Bewerbungsverfahren, dass

5

1. alle Bewerbungsverfahren dahingehend anonymisiert werden sollen, dass im schriftlichen Bewerbungsteil Daten zu Name, Geschlecht, Alter, Wohn- und Geburtsort, Religionszugehörigkeit, Familienstand, Nationalität sowie Fotos in der Bewerbung nicht enthalten sein dürfen.

2. Schulabschlüsse ohne Angabe der Ausbildungsstätten aufgeführt werden sollen.

10

3. im Lebenslauf alle Zeitangaben in Anzahl der Jahre (x Jahre) und nicht in Zeiträumen (tt.mm.jjjj – tt.mm.jjjj) angegeben werden sollen.

4. Kontaktdaten, falls nicht ausreichend anonymisiert (siehe 1.), den über die Bewerbung entscheidenden Personen nicht vor Abschluss der schriftlichen Bewerbungsphase zugänglich sein dürfen.

15

5. sowohl Bewerbungsverfahren für BeamtInnen und den öffentliche Dienst als auch in der Privatwirtschaft hiervon betroffen sein sollen.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, gendergerecht gestaltete „Eltern-Kind-Parkplätze“ als Zusatzzeichen in den Verkehrszeichenkatalog des Bundes aufzunehmen und eine Rechtspflicht in der StVO zu schaffen.

- 5 Zur Akzeptanz der im Antrag genannten verschiedenen Familienmodelle sind wir der Meinung, dass das Gendern nicht bei Familienparkplätzen aufhören sollte. Der Antrag soll auch auf andere Verkehrszeichen ausgeweitet werden, so ist auch das Verkehrszeichen wie zum Beispiel für Fußwege zu gendern.

Antragsbereich: Frieden

F1	F1 - Deutschland als verantwortungsvolle Friedensnation - Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenelexportentscheidungen	
	AntragstellerInnen: UB Hildesheim	
	Weiterleitungen: Bundeskongress, SPD Bundesparteitag	

- a) Dem Deutschen Bundestag wird ein Vetorecht zu gestellten Genehmigungsanträgen zur Ausfuhr von Waffen jeglicher Art zugesprochen.
- 5 b) Dem Deutschen Bundestag wird ein Informationsrecht zu gestellten Genehmigungsanträgen jeglicher Art zugesprochen. Das Informationsrecht umfasst Daten über den Hersteller, die Anzahl und Art der Waffen sowie den Bestimmungsort der Lieferung und Kenntnisse über die spätere Verwendung der Waffen.

F3

F3 - Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Wir fordern die SPD auf sich aktiv zum Konzept der "Responsibility to Protect" (Schutzverantwortung) zu bekennen sowie sich international für eine Etablierung dieser Norm einzusetzen. Das bedeutet für uns konkret:

Die Pflicht zur Prävention:

- 5 Um schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, sollen zunächst präventive Maßnahmen – etwa diplomatischer oder wirtschaftlicher Art – genutzt werden. Darüber hinaus muss eine Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof geprüft und gegebenenfalls erhoben werden.

Die Pflicht zur Reaktion

- 10 In Extremfällen muss die Internationale Gemeinschaft als Ultima Ratio auch militärisch eingreifen, etwa bei Genoziden oder ethnischen Säuberungen. Das gilt auch für folgenden Fall: Sollte kein Beschluss des UN-Sicherheitsrates aufgrund des Vetos eines ständigen Mitglieds zustande kommen, reicht ein Mehrheitsbeschluss der UN-Vollversammlung aus, um eine humanitäre Intervention zu legitimieren.

Die Pflicht zum Wiederaufbau

- 15 Nach Beendigung der Konflikte muss ein Wiederaufflammen der Gewalt verhindert werden. Konfliktparteien sollten entwaffnet werden und in konstruktive Verhandlungen miteinander treten. Die Infrastruktur muss wieder aufgebaut werden.

Antragsbereich: Gesundheit

G1	G1 - „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Psychische Erkrankungen werden in unserer Gesellschaft oft nicht ernst genommen und auch im medizinischen Bereich (von fachfremden ÄrztInnenen) oft als nichtig abgetan. Erkrankte Menschen haben in vielen Fällen mit Vorurteilen und Stigmatisierungen zu kämpfen. Oftmals konsultieren die Betroffenen erst spät oder gar nicht einen Arzt, zum einen aus eigener Unwissenheit und zum anderen aus Angst vor den Reaktionen Anderer. Viele psychische Erkrankungen werden als Schwäche abgetan und nicht als Krankheit ernstgenommen. Menschen mit somatoformen Beschwerden etwa werden selbst in medizinischen Zusammenhängen oft nicht ausreichend ernst genommen und fehl-
5 diagnostiziert. Es kann nicht sein, dass Menschen mit psychischen Leiden als SpinnerInnen abgetan werden. Auch beruflich müssen Betroffene oft Konsequenzen befürchten. Es ist dringend notwendig, für mehr gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen, damit Betroffenen der Gang zur/zum PsychotherapeutIn bzw. PsychologIn nicht noch zusätzlich erschwert wird. In der Tat beweisen Menschen,
10 die sich unter diesen sehr schwierigen Umständen trotzdem dazu entscheiden Hilfe in Anspruch zu nehmen, sehr viel Mut.

15 **Wir fordern daher:**

- ein gesellschaftliches Umdenken muss befördert werden
- mehr Aufklärung über Krankheitsbilder und mögliche Therapieansätze in Form von Aufklärungs- und Informationskampagnen

Ein weiteres Problem für Betroffene psychischer Erkrankungen sind die sehr langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz. Die durchschnittliche Wartezeit auf einen entsprechenden Platz etwa von Personen, die traumatische Erlebnisse hinter sich haben und in Folge dessen eine traumatherapeutische Betreuung bedürfen, liegt zwischen drei und elf Monaten. Auch Wartezeiten in anderen psychotherapeutischen Bereichen sind deutlich zu lang. Betroffenen kann nicht zugemutet werden, so lange Zeiträume ohne adäquate Behandlung ausharren zu müssen. Auch Menschen, die von sexualisierter
25 Gewalt betroffen sind, haben oft große Probleme entsprechende Hilfe zeitnah in Anspruch nehmen zu können. Besuche bei AllgemeinmedizinerInnen und GynäkologInnen verlaufen oft frustrierend und sind mit großer Belastung verbunden, da Betroffene häufig schon hier ausgiebig schildern müssen, was ihnen widerfahren ist und wie sie sich fühlen, um an etwaige Therapieplätze weitervermittelt zu werden. Diese sind häufig ebenfalls mit Wartezeiten verbunden. Hinzu kommt, dass die be-
30 willigte Stundenanzahl eines Therapieansatzes oft für die PatientInnen nicht ausreichend ist, eine einfache Verlängerung der Stundenzahl ist zwingend notwendig.

Wir fordern daher:

- die drastische Verkürzung von Wartezeiten bei ambulanter und stationärer psychologischer und psychotherapeutischer Behandlung
- dies kann durch den Ausbau von kassenärztlichen Approbationen für PsychotherapeutInnen gewährleistet werden

5 Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Deutschland, um hier Zuflucht zu suchen. Viele von ihnen haben schlimme Dinge erlebt und erleiden in Folge dessen schwere psychische Krankheiten. Aber auch andere ZuwanderInnen haben ebenso psychische Erkrankungen.

Wir fordern daher:

- die psychotherapeutische Behandlung in Deutschland auch in anderen Sprachen zu erleichtern und zu befördern

Viele Gruppen, die die Interessen von Menschen vertreten, die in Folge von sexualisierter Gewalt an psychischen Krankheiten leiden, beklagen nicht nur die zu langen Wartezeiten, die Stigmatisierung und nicht ausreichend zugelassene Therapiemöglichkeiten – um nur einige Probleme aufzuführen – sondern auch das vielen Opfern ihr Recht auf eine Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) nicht zugestanden wird. In der Regel ist eine Inanspruchnahme von Leistungen nach dem OEG mit einem hohen persönlichen Stress, mehreren Gutachten, ZeugInnenaussagen, Berufungen und vor allem mehreren Jahren Zeitaufwand verbunden.

Wir fordern daher:

- eine Reformierung im Umgang mit dem OEG, um den Betroffenen Leistungen, die ihnen zustehen, ohne weitere Schädigung zuzugestehen

Auch in der Ausbildung von TherapeutInnen muss sich Einiges tun. Nach dem Psychologiestudium müssen die AbsolventInnen noch in drei Jahren Vollzeit bzw. fünf Jahren Teilzeit eine therapeutische Ausbildung mit Praxisteil durchlaufen. Diese haben die PsychotherapeutInnen in Ausbildung (PIAS) selbst zu tragen. Wir Jusos lehnen ab, dass Menschen für ihre eigene Ausbildung aufkommen müssen.

Wir fordern daher:

- eine für die PIAS kostenneutrale Ausbildung
- für ihre Arbeit sind sie angemessen zu entlohnen und nicht wie in der Vergangenheit oft als völlig unterfinanzierte PraktikantInnen als billige Arbeitskräfte auszunutzen

30 Die Jusos Bezirk Hannover fordern einen für alle Betroffenen schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu psychotherapeutischer Behandlung - sowohl ambulant als auch stationär. Psychische Krankheiten sollten in ihrer Behandlung den physischen Leiden nicht nachstehen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die Menschen unterstützt und nicht stigmatisiert. Menschen mit psychischen Erkrankungen sollten in ihrem Weg bestärkt werden und nicht Angst vor Ausgrenzung fürchten

35 müssen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken und den Ausbau und die Unterstützung des gesamten Sektors rund um psychische Erkrankungen.

G2

G2 - Schutz der ärztlichen Schweigepflicht

AntragstellerInnen: UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

Die ärztliche Schweigepflicht ist ein wichtiges Rechtsgut, welches die Privatsphäre von PatientInnen schützt und das gerade bei psychischen Erkrankungen essentiellen Vertrauensverhältnis zwischen ÄrztInnen und PatientInnen erst ermöglicht. Daher ist es aus unserer Sicht unverantwortlich, dass einige PolitikerInnen, insbesondere der Union, das aktuelle Unglück um den Absturz des Fluges 4U9525 dazu nutzen, eine Lockerung der Schweigepflicht und somit eine weitreichende Einschränkung der PatientInnenrechte zu fordern. Diese Forderung stellt nicht nur eine massive Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Problemen dar sondern dürfte auch dazu führen, dass gerade Menschen in Hochsicherheitsberufen sich gar nicht mehr trauen, ärztliche oder psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen, da sie sofort um ihren Job fürchten müssen.

Darüber hinaus ignorieren solche populistischen Forderungen vollkommen die tatsächlich bestehende Rechtslage, welche durchaus Ausnahmen zur Schweigepflicht zulässt, z.B. bei meldepflichtigen Infektionskrankheiten. Hinzu kommen Fälle, in denen ein rechtfertigender Notstand (§34 StGB) es zulässt eine Güterabwägung vorzunehmen, z.B. in Fällen von elterlicher Kindesmisshandlung bzw. Kindesvernachlässigung. Bei Verdacht auf Selbst-/Fremdgefährdung ist eine solche Güterabwägung ebenfalls möglich, bei Verdacht auf eine konkret bevorstehende Tat besteht seitens der behandelnden ÄrztInnen sogar eine Meldepflicht (mit Haftungseinschränkungen, vgl §§138/139 StGB). Die bestehenden Regelungen sind also völlig ausreichend, um bei konkreten Gefährdungshinweisen entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Eine weitere Lockerung dieser Regelung oder ebenfalls geforderte Maßnahmen wie häufige Kontrolluntersuchung oder schlimmstenfalls sogar Berufsverbote für Menschen mit Depressionen sind unserer Auffassung nach billiger Aktionismus, der lediglich eine weitere Stigmatisierung psychisch erkrankter Personen zur Folge haben wird.

Aus diesem Grund schließen die Jusos im Bezirk Hannover sich den Forderungen der Präsidenten von Bundesärztekammer und Bundespsychotherapeutenkammer sowie der Bundesdatenschutzbeauftragten an, an der jetzigen Regelung zur ärztlichen Schweigepflicht festzuhalten und weitere populistische Forderungen energisch zu bekämpfen. Im Falle anderslautender Gesetzesinitiativen rufen wir alle PolitikerInnen der SPD auf, sich energisch gegen diese zu stellen.

G3

G3 - Zeit für eine unabhängige STIKO (Ständige Impfkommission)

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bundeskongress

Wir fordern die Einführung eines Gesetzes, das die Mitglieder der STIKO zur Unabhängigkeit von der Pharmaindustrie verpflichtet, sowie die Schaffung einer Karenzphase, die eingehalten werden muss, bevor nach Ausscheiden aus der STIKO eine berufliche Tätigkeit für eine Pharmafirma aufgenommen werden darf.

5

G4	G4 - Wie gefährlich ist "bunt" spenden?	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: Bundeskongress	

Die Jusos des Bezirk Hannover fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf,

- sich in den Gesundheitsausschüssen dafür einzusetzen, dass anhand von neuen Erhebungen für die Infektionsgefahr durch Fremdblutspenden von sogenannten Risikogruppen wie zum Beispiel MSM oder Prostituierten eingeschätzt wird

- 5 - die Bundesärztekammer dazu angehalten wird die derzeitigen Ausschlusskriterien an die, durch die Ergebnisse gewonnene, Erkenntnislage entsprechend anzupassen.

Antragsbereich: Inneres und Recht

IR1	IR1 - Vorratsdatenspeicherung ablehnen – kein Zurückfallen in alte sicherheitspolitische Reflexe!	
	AntragstellerInnen: UB Göttingen	

- Wir lehnen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ab und sprechen uns vehement gegen eine Gesetzesinitiative in diese Richtung aus. Zusätzlich fordern wir die SPD-
- 5 Bundestagsfraktion auf, sich klar gegen die Vorratsdatenspeicherung zu positionieren.

IR₂

IR₂ - Umfassende Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten - Misstrauen vorbeugen, Vertrauen stärken

AntragstellerInnen: UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Weiterleitungen: SPD Bezirksparteitag

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten in Niedersachsen einzusetzen und einen entsprechenden Antrag in den niedersächsischen Landtag einzubringen. Diese Kennzeichnung soll nach dem Vorbild anderer Bundesländer (u. A. Rheinland-Pfalz und Brandenburg) aus einem individualisierten, aber anonymisierten Nummer- und oder Buchstabencode bestehen, der für Außenstehende keinerlei Rückschluss auf die Person ermöglicht. Dieser Rückschluss soll nur für Personen, die an einem Ermittlungsverfahren durch die Strafverfolgungsbehörden beteiligt sind, möglich sein.

Diese Kennzeichnung soll bei allen Einsätzen, auch und gerade in geschlossenen Einheiten bei Demonstrationen und anderen Großveranstaltungen gelten.

Dieser Schritt ist aus unserer Sicht wichtig, um zum einen eine effizientere Strafverfolgung von Straftaten einzelner Polizistinnen und Polizisten zu gewährleisten und zum anderen, um genau dadurch das Vertrauen und die Polizei als Ordnungshüter zu stärken.

IR3

IR3 - Sexualisierte Gewalt ist Seelenmord

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bundeskongress

Wir fordern die Erhöhung der Mindestfreiheitsstrafe bei Vergehen gegen §§ 174 bis 174c StGB, §§176 bis 180 StGB, §§182 StGB und §§225 StGB auf ein Jahr.“

IR4

IR4 - Gegen ein „Familienwahlrecht“

AntragstellerInnen: UB Göttingen

Weiterleitung an Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag

Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, sich entschieden von der Einführung eines so genannten „Elternwahlrechtes“ zu distanzieren. Stattdessen sollte zur besseren Einbindung der Jugend in die Politik die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie auf kommunaler Ebene bereits vielfach erfolgreich geschehen, geprüft werden.

5

Antragsbereich: Internationales

I1	I1 - Resolution - Handeln statt verhandeln: Mit EU-Sofortprogramm Menschen retten und Fluchtursachen bekämpfen	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: den SPD-Fraktionen im niedersächsischen Landtag und dem deutschen Bundestag sowie der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament zur Kenntnisnahme	

Die wiederholten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer müssen Anlass für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sein, die Anstrengungen zur Rettung von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen sicht- und spürbar zu verstärken.

Wir fordern daher die SPD-Fraktionen im Landtag, im Bundestag und im Europäischen Parlament auf, auf Bundes- und EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass die EU diese Aufgabe zu einem ihrer vorrangigsten politischen Schwerpunkte macht. Das schließt wirksamere kurzfristige humanitäre Hilfen zur Rettung von Menschenleben ebenso ein wie mittel- und langfristige Strategien der Stabilisierungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik gegenüber den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlinge.

Um der Flüchtlingsrettung und Fluchtursachenbekämpfung schnellstmöglich Wirksamkeit zu verschaffen, ist es notwendig,

- dass im Mittelmeer unverzüglich ein von allen EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam finanzierter, materiell und personell umfassend ausgestatteter Seenotrettungsdienst zum Einsatz kommt,
- dass intensiv geprüft wird, ob Asylanträge bereits vor Ort in den Herkunfts- und Transitländern gestellt werden können,
- dass angekommene Flüchtlinge in den Ankunftsstaaten menschenwürdig versorgt und solidarisch auf alle EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden,
- dass dafür in den Ankunftsstaaten Erstaufnahme-Einrichtungen unter europäischer Mitwirkung errichtet werden, welche die Wahrung der völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechte bei der Erstversorgung und eine sichere Weiterreise sicherstellen,
- dass AsylbewerberInnen in die Aufnahmegesellschaften angesiedelt und gesellschaftlich integriert werden,
- dass mehr Möglichkeiten einer legalen Einwanderung geschaffen werden. Kriminalisierung von Einwanderung, Schleuserkriminalität und illegaler Beschäftigung müssen der Nährboden entzogen werden

- 5
- dass die nationalen und europäischen Anstrengungen zur Bekämpfung der Schleuser- und Schlepperbanden massiv verstärkt werden,
 - dass unverzüglich ein EU-Sonderprogramm zur politischen Stabilisierung und wirtschaftlichen Entwicklung der Herkunfts- und Transitländer umgesetzt wird, um die Fluchtursachen zu bekämpfen und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in ihrer Heimat schnell und spürbar zu verbessern. Dieses Sonderprogramm ergänzt bestehende Wirtschafts- und Entwicklungshilfe-Anstrengungen und ersetzt diese nicht.

12	I2- Aktive Flüchtlingshilfe für Syrien, jetzt!	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung an den SPD-Bezirksparteitag und Bundeskongress	

Die Jusos des Bezirks Hannover fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich in der Flüchtlingsfrage Syriens und seiner Anrainerstaaten für eine aktive Asylpolitik Deutschlands und seiner Verbündeten einzusetzen, d.h.

- 5 1. den aktiven und geordneten Transport von Flüchtlingen nach Deutschland und andere sichere Staaten der Europäischen Union (EU)
2. die Zusammenführung von Familien (ggf. mit bereits dort ansässigen Angehörigen) innerhalb der EU
3. die deutliche Aufstockung von Anzahl und Personal der Erstaufnahmeeinrichtungen und der Flüchtlingsunterkünfte mittels finanzieller Zuschüsse des Bundes
- 10 4. die finanzielle Sicherung der Anreise zu den Flüchtlingsunterkünften sowie der Grundversorgung in den ersten Tagen durch eine „Refugee Card“
5. eine schnelle und umfassende Integration der Flüchtlinge in Politik und Gesellschaft sowie den Arbeitsmarkt.

15

13

13 - Verbesserungen für Flüchtlinge: Mehrsprachige Broschüren, mehr Sozialarbeiter, umfassende Sprachkurse

AntragstellerInnen: UB Uelzen/Lüchow-Danneberg

Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag

5 Wir fordern, dass im Bezirk Hannover mehrsprachige Broschüren für Flüchtlinge erstellen lassen und an ankommende Flüchtlinge ausgegeben. Diese Broschüren sollen den Flüchtlingen die Ankunft erleichtern, indem sie die Flüchtlinge mit der Gesellschaft und Kultur in Deutschland vertraut machen (z.B. Informationen über Infrastruktur vor Ort wie Spielplätze, Ärzte o. Schulen; ihre Rechte und Pflichten im Asylverfahren).

Eine Kooperation der Landkreise und dem Land sollte geprüft werden, um ein finanzierbares und fachlich korrektes Ergebnis zu erzielen.

10 Ferner fordern wir eine größere Anzahl von SozialarbeiterInnen für eine umfassende Flüchtlingsbetreuung niedersachsenweit. Die bisherige Situation ist untragbar, Ehrenamtliche BetreuerInnen sind unschätzbar wichtig, allerdings können sie diese Aufgabe nicht allein bewältigen. Fachlich ausgebildetes Personal ist unerlässlich, damit die Kommunen niedersachsenweit eine zielführende Betreuung der Flüchtlinge sicherstellen können.

Zusätzlich darf mit der Vermittlung von Sprachkenntnissen nicht erst begonnen, sobald ein gesicherter Aufenthaltstitel vorliegt.

15 Wir fordern die Einführung von grundlegenden Sprachkursen bereits zu dem Zeitpunkt, ab dem feststeht, dass die Flüchtlinge zunächst einmal in der Kommune bleiben werden. Zumindest ein großer Teil der Flüchtlinge sollte an diesen Sprachkursen teilnehmen können. Viele dieser Menschen werden lange in Deutschland bleiben und hier wird unserer Ansicht nach unnötig Zeit verschwendet. Integration kann ohne Sprache nicht gelingen. Sich verständigen zu können ist aus unserer Sicht
20 unabdingbar für eine menschenwürdige Unterbringung dieser Menschen.

Die Finanzierung dieser Sprachkurse ist mit dem Land abzustimmen.

I4

I4 - Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung an den SPD-Bezirksparteitag und Bundeskongress

Im vergangenen Jahr haben rund 200.000 Menschen einen Asyl- oder einen Asylfolgeantrag in Deutschland gestellt. Viele von ihnen mussten illegal in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und sich somit strafbar machen. Dies ist eine Problematik, die seit Jahren bekannt ist und dazu führen kann, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber straffällig werden.

- 5 Das europäische Asyl- und Flüchtlingssystem sieht vor, dass ein Flüchtling in dem Mitgliedsstaat, wo er zum ersten Mal in Erscheinung tritt, gemeldet wird und ein Asylverfahren eröffnen kann. Die Eröffnung eines Asylverfahrens beinhaltet viele Restriktionen und Einschränkungen, solange wie das Verfahren läuft. In Deutschland übernimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bearbeitung eines Asylverfahrens. Die Bearbeitung eines Asylantrags kann derzeit mehrere Monate, in Einzelfällen sogar Jahre dauern. Während des Asylverfahrens sind dem Asylbewerber beziehungsweise der Asylbewerberin ebenso Einschränkungen auferlegt. So ist es ihm unter anderen Verboten sich außerhalb der Bundesrepublik aufzuhalten.

- 15 Die Möglichkeiten ein Asylverfahren auf legalem Wege in Deutschland einzuleiten sind sehr gering und kompliziert, da ein Flüchtling dort gemeldet wird, wo er das erste Mal eine europäische Grenze übertritt. Dies ist aufgrund der geographischen Lage der Bundesrepublik entsprechend unrealistisch.

Als Konsequenz reisen viele Flüchtlinge auf illegalen und teilweise gefährlichen Wegen nach Deutschland, um dort ein Asylverfahren zu eröffnen und möglicherweise eine neue Heimat zu finden.

- 20 Bisher wird die Möglichkeit ausgeschlossen ein Asylverfahren in dem jeweiligen Heimatland einzuleiten. Die Ermöglichung dieses Verfahrens hätte zwei zentrale Auswirkungen: zum einen würden weniger Flüchtlinge in die Not geraten, dass sie aufgrund ihrer illegalen Einreise straffällig werden und zum anderen könnte die Arbeit des BAMF optimiert und vereinfacht werden.

Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf:

- 25 - Vorprüfverfahren zu Asylverfahren auch außerhalb von Deutschland zu ermöglichen. Unabhängig vom Vorprüfverfahren soll die Möglichkeit des Stellens eines Asylantrages in der EU bleiben.
- legale Einreisemöglichkeiten für alle Flüchtlinge nach Europa und im Speziellen Deutschland zu schaffen, um dort einen Asylantrag stellen zu können
- 30 - die Bewertung von Asylverfahren auch darauf hin prüfen, ob humanitäre und soziale Einschränkungen im Herkunftsland vorhanden sind.

- die Entkriminalisierung von Flüchtlingen, die illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind zu prüfen und bei bestehenden relevanten Fällen eine Niederlegung des Strafverfahrens in Erwägung zu ziehen.

15

15 - Als hätten wir eine Wahl gehabt – Europäisches Wahlsystem weiterentwickeln

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Martin Schulz ist für die SPD ein großartiger Spitzenkandidat gewesen. Jemand für den wir bei den Jusos wie auch in der SPD gerne auf die Straße gehen, für den es sich lohnt bis zum Ende Wahlkampf zu machen. Aber war er auch ein europäischer Spitzenkandidat? Angesichts fragwürdiger Plakateingebungen aus Berlin und mit Blick auf den Umgang anderer Parteien mit ihren Spitzenkandidaten sind dort Zweifel mehr als angebracht. Unweigerlich kommt die Frage auf, ob die sozialistischen Parteien in Europa ebenso wenig für Martin Schulz eingestanden haben wie die CDU hierzulande für Jean-Claude Juncker? Direkt daran schließt sich an: War die Kür von Spitzenkandidaten ein Erfolg? Ist jetzt alles besser geworden? Mit Europa, mit dem vielzitierten Verständnis für Europa, mit der Politikverdrossenheit überhaupt? Wahrscheinlich beantworten die meisten EU-BürgerInnen diese Fragen mit nein.

Nach der Wahl gibt die politische Landschaft in Europa ein fürchterliches Bild ab. Wurde uns nicht vorgegaukelt, dass wir den Kommissionspräsidenten wählen? In der Realität war es dann wohl doch eher das Postengeschachere der europäischen Regierungen und konservativen Kreise mit eher glücklosen und humoristisch anmutenden Eingebungen aus der sozialistischen Fraktion. So bleibt als Ergebnis der Europawahl schließlich, dass die sozialistischen Parteien wieder nicht die Mehrheit im europäischen Parlament erringen konnten, Juncker ist Kommissionspräsident geworden - was man davon halten mag sei jedem selbst überlassen - und Martin Schulz ist Ratspräsident geblieben. Alles in Allem wohl genau das Ergebnis, das es auch ohne die Neuerung der Spitzenkandidaten gegeben hätte, nur mit noch mehr Gepolter und wenig mehr Wählerbeteiligung.

Wenn es die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Form überhaupt bis zur nächsten Wahl schaffen soll - es stellt sich ja fast jeden Tag die Frage wer dann noch alles dabei sein darf oder will - müssen wir uns überlegen wie eine echte Neuerung des Wahlsystem in Europa aussehen kann. Es braucht endlich ein System, in dem die europäischen BürgerInnen tatsächlich die Entscheidung treffen wer an der Kommissionsspitze steht, unabhängig vom Klüngel der Regierungschefs. Wir als Jusos stellen fest, dass wir bedingungslos dafür einstehen werden, dass jedes Land, das gegenwärtig Teil der EU ist, dies auch bleibt und im Falle, dass der nächste Spitzenkandidat nicht mehr Martin Schulz heißt, wir einen genauso engagierten Wahlkampf leisten werden.

Antragsbereich: Kommunen und ländliche Räume

K1	K1 - „LandLebensWert!“ – für eine Stärkung der ländlichen Räume in Niedersachsen	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitung: Landeskonferenz	

5 Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland unserer Republik. Und in der Fläche lebt die große Mehrheit unserer Bevölkerung: Rund 5,2 der 7,8 Millionen und damit zwei Drittel der Niedersachsen wohnen in ländlichen Räumen. Wer gerechte, mithin sozial und ökonomisch ausgewogene Landespolitik gestalten will, muss ein politisches Angebot für die Mehrheit der Bevölkerung machen. Politik für ländliche Räume ist dabei nicht etwa die bloße Verlängerung von Landwirtschafts- bzw. Agrarpolitik, sondern handfeste regionale Strukturpolitik für den Großteil der Menschen unseres Landes.

10 Wir begleiten hiermit einerseits den Prozess der Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ der SPD Bezirke Hannover und Nord-Niedersachsen positiv und formulieren andererseits für uns folgende wichtige Inhalte einer guten und progressiven Politik für ländliche Räume:

1. Politik für die Lebensrealitäten vor Ort gestalten! Das heißt für uns:

- 15
- Die Einrichtung von ganzheitlichen Bildungshäusern (von der Krippe, über den Kindergarten bis zur Grundschule), sowie ein vernetztes und aufeinander abgestimmtes Schulnetzwerk in der Fläche, um die Wege für alle Beteiligten möglichst kurz zu halten. Dabei muss aber ein breit gefächertes Angebot bereitgestellt werden, damit alle Bildungswege offen stehen, die junge Menschen heute brauchen. Vorstellbar ist dabei für uns auch, dass die Aufgabenstellung einer Schule weiter gefasst wird. Sie kann zusätzlich als Bibliothek und Kultureinrichtung gesehen werden.
 - 20
 - Wer in ländlichen Räumen lebt, pendelt häufig zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Entscheidend ist deshalb eine flächendeckend ausgebaute Kinderbetreuung mit langen Öffnungszeiten in Krippen und Kindergärten – darauf müssen sich Familien in ländlichen Räumen verlassen können. In Zukunft müssen wir die Betreuungsqualität weiter stärken und noch mehr Angebote schaffen, um Beruf und Familie vereinbarer zu machen.
 - 25
 - Eine neue Raumordnungspolitik, die sich nicht an starren Verflechtungsgebieten orientiert, sondern die realen Mobilitätsachsen der BürgerInnen berücksichtigt und ein entsprechendes Angebot ermöglicht.
 - 30

Antragsbereich: Kommunen und ländliche Räume

- 5
- Der Breitbandausbau muss endlich voran gebracht werden! Wichtig ist für uns, Förderprogramme so anzupassen, dass diese Mittel in die ländlichen Regionen fließen und nicht dorthin, wo der Ausbau schon weit vorangeschritten ist. Zusätzlich fordern wir, die Konzession der aktuellen Infrastruktur zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.
 - Wir fordern den Aufbau von so genannten „Smart Regions“, die für eine bessere Vernetzung aller Akteure sorgen sollen und so eine Region zukunftsweisend aufstellen können.
 - 10
▪ Für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen kommt es gerade darauf an, regionale Wertschöpfungsketten strategisch zu planen und durch entsprechende Förderprogramme zu unterstützen und in den Vordergrund zu bringen. Dabei ist die Begleitung und Vernetzung von ExistenzgründerInnen besonders zu berücksichtigen – beispielhaft sind dafür die Unterstützung von „Coworking Spaces“ und „Maker Treffs“ (Gemeinschaftsbüros und -werkstätten). Wir wollen so auch in ländlichen Räumen die Grundlagen für einen kreativen Nährboden bereitstellen.
 - 15
▪ Wichtig ist ein Wohnungsbauförderprogramm speziell für den ländlichen Raum, das An-, Um- und Neubauten für generationsübergreifendes und/oder barrierefreies Wohnen fördert. Auch der Bestandswohnungsbau sollte durch eine landesweite Verbreitung des Programms „Jung kauft alt“ gefördert werden.
 - 20
▪ Das Dorf sollte in unseren Augen als inklusiver Sozialraum verstanden werden. Dazu gehört es, das Heimgesetz an die veränderten Lebensrealitäten anzupassen und gemischte Wohnformen zu ermöglichen.

25 **2. Mobilität als entscheidender Faktor! Das heißt für uns:**

- Dem Sanierungsstau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, besonders von Bundes- und Landesstraßen, muss endlich effizient entgegengewirkt werden.
- 30
▪ Der ÖPNV muss mehr als Vernetzungsinstrument zwischen Oberzentren und ländlichen Räumen ausgestaltet werden, damit beide voneinander profitieren statt zu konkurrieren. Bisher lag das Hauptaugenmerk auf den Verkehrsbeziehungen innerhalb des Landkreises als Aufgabenträger. Entscheidend ist aber, Regionen miteinander zu vernetzen. Dazu gehört für uns beispielsweise der konsequente Ausbau des Großraumverkehrs Hannover (GVH) in einem zweiten Ring mit den die Region Hannover umfassenden Landkreisen, in dem neben dem SPNV auch der straßengebundene ÖPNV vollumfänglich erfasst wird. Eine ähnliche Konzeption soll auch in anderen vergleichbaren Regionen durchgesetzt werden, z.B. der Metropolregion Hamburg mit dem HVV.
- 35
▪ Es muss ein Vernetzungsgebot für regionale Nahverkehrspläne und damit für kreisübergreifende Verkehre geschaffen werden.
- 40
▪ Eine gesetzliche Linienbündlung bei Konzessionen in einem Verkehrsgebiet ist notwendig und mehr als überfällig.

- 5 ▪ Die Vertaktung und Vernetzung aller Verkehrsträger ist dringend notwendig, insbesondere von Buslinien und SPNV. Dies gilt auch für die Tarifeinheit beim Wechsel des Transportmittels. Jedes Verkehrsunternehmen, das Konzessionen erhält, sollte dazu verpflichtet werden.
- 10 ▪ Eine gleichzeitige Beförderung von Mensch und Ware, wie es z.B. beim KombiBus (einem skandinavischen Modell) der Fall ist, ist bei uns aktuell gesetzlich noch nicht möglich. Wir fordern daher, hier eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.
- 15 ▪ Die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs muss neugedacht werden. Wir fordern hierfür eine globale Finanzierung, sprich also eine ÖPNV-Förderung aus einer Hand, welche die bisherigen Finanzierungsströme bündelt und aufeinander abstimmt. Zusätzlich müssen von Grund auf neue Finanzierungsmodelle konzipiert und umgesetzt werden. Für uns ist hier besonders der fahrscheinlose und umlagefinanzierte ÖPNV ein Modell mit Zukunft.
- 20 ▪ Außerdem sind alternative Mobilitätskonzepte in Form von multimodalen Verkehren zu entwickeln und bereitzustellen (Fahrradboxen, Carsharing, E-Bikesharing, Mitfahrvermittlungen u.v.m., alles dies organisiert durch regionale Mobilitätszentralen).
- 25 ▪ Eine Absenkung der Hürden für die Einführung von Individualverkehren ist nötig, so z.B. der Verzicht auf europaweite Ausschreibung von Bürgerbuslinien.

3. Das Fundament auf dem alles steht: Daseinsvorsorge! Das heißt für uns:

- 25 ▪ Um die Dorfgemeinschaft wieder gezielt zu fordern und zu fördern werden vor Ort Bürgerbeteiligungsprojekte, wie z.B. Dorfkonferenzen, unterstützt, die systematisch in ländlichen Räumen durchgeführt werden. Zudem erhalten bisherige kommunale Gremien Beratung, um BürgerInnen miteinzubeziehen, die bisher nicht für ihre Interessen eingetreten sind oder aufgrund von Handicaps an der politischen Teilhabe ausgegrenzt waren. Dabei ist es wichtig, dass strukturelle Entwicklungen entlang von gemeinsamen Interessen – „von unten“ – entwickelt werden, beispielgebend ist dafür die Idee des „Community Organizing“.
- 30 ▪ Auch die Verwaltungspräsenz muss in unseren Augen neugedacht werden! Wichtig sind für uns bei diesem Punkt mobile Dienste im Sinne von einem „rollenden Rathaus“, als auch mit extremer Dringlichkeit die Konzeption und Umsetzung von E-Government auf den verschiedensten Ebenen. Ein dringend überfälliger Punkt.
- 35 ▪ Die Entwicklung von flächendeckenden Gesundheitsregionen, in denen alle Akteure des regionalen Gesundheitswesens zusammenkommen und die Versorgung miteinander abstimmen. Wichtig ist die Zusammenführung und Vernetzung von stationären und ambulanten ärztlichen Leistungen in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ).
- 40 ▪ Für uns sind an der Schnittstelle zur Pflege Modelle zur Verlagerung nichtärztlicher Tätigkeit auf nichtärztliches Fachpersonal, z.B. medizinische Fachangestellte oder ambulante Pflegedienste, wichtig. Darüberhinaus muss die Einführung eines Flächenfaktors in der Pflege kommen, um weitere Wege im ländlichen Raum auszu-

Antragsbereich: Kommunen und ländliche Räume

gleichen. Die bessere Verzahnung von ärztlichen Bereitschaftsdienst und Rettungsdienst ist ebenso wichtig.

- 5 ▪ Jugendarbeit muss von Grund auf neu strukturiert werden. Während Kinder und Jugendliche in Ballungszentren Jugendräume und -zentren einfach erreichen können, bilden sich im ländlichen Raum häufig informelle Treffpunkte in der öffentlichen bzw. naturnahen Umgebung. Jugendarbeit muss also vor allem aufsuchend gestaltet werden. Die klassische Trennung zwischen Jugendhilfe und -pflege verschwindet dabei.
- 10 ▪ Die Versorgung mit Gütern für das alltägliche Leben wird auf dem Land immer schwieriger. Eine Möglichkeit stellen hier multifunktionale Dorfläden dar. Diese bieten nicht nur eine Einkaufsmöglichkeit, sondern sie sind gleichzeitig Kommunikations- und Kulturplattform und können potenziell Funktionen einer Bank- und Postfiliale übernehmen. Darüberhinaus ist ebenfalls eine sozial-medizinische Versorgung denkbar. Eine konkrete und gezielte Förderung derartiger Angebote ist mehr als sinnvoll.
- 15 ▪ Das ehrenamtliche Engagement stellt eine wichtige Säule der Dorfgemeinschaft dar, doch unterliegt einem Abwärtstrend. Hier müssen wir entgegenwirken. Wichtig ist also u.a. die Unterstützung von neuen Formen des Engagements und ein deutlich spürbarer Bürokratieabbau.
- 20

4. **Fair statt immer mehr: Eine Gegenstrategie zur industriellen Landwirtschaft entwickeln!** Das heißt für uns:

- 25 ▪ Eine enorme Chance für bäuerliche Betriebe sind regionale Verkaufsketten – sie fördern regionale Wertschöpfung und sichern Vertrauen und Transparenz bei den VerbraucherInnen. Entsprechende Vermarktungsmodelle müssen stärker als bisher gefördert werden, so z.B. durch gemeinschaftliche bzw. genossenschaftliche Einzelhandelsformen wie Dorf- und Hofläden.
- 30 ▪ Gerade in der Land-, Nahrungs- und Veredelungswirtschaft muss das Prinzip Guter Arbeit durchgesetzt werden, dies gilt insbesondere bei Löhnen und Arbeitsbedingungen.

35 5. **Neue und alte LandbürgerInnen: Eine neue Willkommenskultur für unsere Dörfer! Das heißt für uns:**

- 40 ▪ Aktuell steigen die Flüchtlingsströme durch multiple globale Krisenherde. Im Gegensatz zu den großstädtischen Ballungsräumen kann der ländliche Raum die Kapazitäten zur Verfügung stellen und ist somit für Niedersachsen eine Chance auf der Makro- (Entlastung der Städte) wie auch auf der Mikroebene (Revitalisierung der ländlichen Regionen). Die aktuellen Flüchtlingszahlen überstiegen bei weitem die

Antragsbereich: Kommunen und ländliche Räume

Aufnahmekapazitäten der Länder. Dem entgegen steht der demografische Wandel mit der Abwanderung aus den ländlichen Gebieten. Gerade der ländliche Raum ermöglicht mit seinen überschaubaren Strukturen persönliche und soziale Beziehungen und Kontakte. Deshalb fordern wir eine angepasste Willkommenskultur und eine grundlegende Umstrukturierung des ländlichen Raums, um besser auf den Wandel in unserer Gesellschaft reagieren zu können. Weitere Chancen für den ländlichen Raum ergeben sich im städtebaulichen Wandel, der zukünftig die Bürger miteinbeziehen muss, damit z.B. leerstehende Quartiere der Situation vor Ort angepasst werden können.

Um eine Willkommenskultur zu schaffen müssen auch die sozialen Bedingungen an die einzelnen Gebiete, Dörfer, Städte und Stadtteile individuell angepasst werden. Wir brauchen also nicht nur Strukturen, sondern Menschen, die sich engagieren. Deshalb machen wir uns für einen Ausbau der landesweiten Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie sowie den vermehrten Einsatz von IntegrationslotsInnen, SozialarbeiterInnen und DolmetscherInnen stark.

In Medien wird immer häufiger von der Übernahme ganzer Dörfer durch Neonazis in strukturschwachen, ländlichen Gebieten berichtet. Einige Dörfer, z.B. Nordwestmecklenburg und im Wendland, wurden sogar zu national-befreiten Zonen erklärt. Gegen diese Entwicklungen müssen wir vorgehen, es darf kein ruhiges Hinterland für Neonazis geben! Daher müssen Strukturen geschaffen werden, die die Zivilcourage ansässiger BürgerInnen stärken und Aufklärungsarbeit vor Ort leisten. Es muss sichergestellt werden, dass Neonazis dörfliche Strukturen und Vereine nicht übernehmen. Deshalb muss für diese Erscheinungsform des Faschismus in ländlichen Regionen dringend sensibilisiert werden.

Ländliche Strukturen müssen durch die Politik gestärkt werden. Denn wo es keine Ärztin/keinen Arzt, keinen Treffpunkt und nicht einmal mehr einen Briefkasten gibt, kommt es gut an, wenn sich jemand kümmert und zum Beispiel einen Nachbarschaftstreff eröffnet - auch wenn dort dann braunes Gedankengut verbreitet wird.

6. Die Förder- und Finanzpolitik vom Kopf auf die Füße stellen! Das heißt für uns:

Wer gestalten will, braucht keine Alimente, sondern vor allem eigene Steuer- und Finanzkraft, die auch in eigener Verantwortung erwirtschaftet wird. Deshalb fordern wir, bei der Reform der Gemeinschaftssteuern den Kommunen stärker einen konjunkturunabhängigen Anteil am Gesamtsteueraufkommen zur Verfügung zu stellen. Diese sollte verbunden sein mit einer konzertierten Aktion zum Abbau von Altschulden. Daneben ist nach wie vor die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer auch Freiberufler erfassenden Gemeindefinanzsteuer erforderlich. Mit diesen Schritten wird die Grundlage für eine neue kommunale Wirtschaftspolitik gelegt.

Antragsbereich: Kommunen und ländliche Räume

- 5
- Entscheidend für lebenswerte ländliche Räume ist eine öffentliche Infrastruktur für Dienstleistungen und Daseinsvorsorge. Jedoch stehen seit Jahren Kommunen unter erheblichem Druck, weil bei sogenannten „freiwillig“ erbrachten Leistungen bei Konsolidierungsaufgaben zuallererst gekürzt wird. Diese Abwärtsspirale muss umgekehrt werden: Durch einen landesweit geltenden Katalog von Leistungen für lebenswerte Kommunen müssen diese bei der Haushaltssanktionierung ausgenommen werden. Davon würden vor allem Einrichtungen für Bildung und Kultur profitieren. Darüber hinaus könnte so das ehrenamtlichen Engagements in Vereinen und Verbänden unterstützt werden.
- 10
- In ländlichen Räumen muss die gleiche Infrastruktur in mehr Fläche bei geringerer Bevölkerungsdichte gewährleistet werden. Dem entsprechend bedarf es auch einer Finanzierungskulisse für ländliche Räume, die diese höheren Kosten abbildet. Deshalb bekennen wir uns zum Flächenfaktor im kommunalen Finanzausgleich. Dieser ist für Kommunen in ländlichen Räumen elementar, insbesondere wenn es um die Gewährleistung von Mobilität geht. Nichtsdestotrotz muss auch dieser Faktor reformiert werden. Da sich vielerorts eine pauschale Verrechnung von Fläche und EinwohnerInnenzahl nicht eignet, um gerechte Verteilung sicherzustellen. Deshalb muss über einen Katalog von Leistungen (z.B. Länge der Kreisstraßen, Schülerbeförderungsrelationen etc.) bei den Kreisaufgaben der Flächenfaktor aufgabenorientiert angewandt werden.
- 15
- Es müssen wesentlich stärker als bisher EU-Mittel dafür eingesetzt werden, Strukturen in ländlichen Räumen langfristig zu sichern und auszubauen. Gerade im Bereich von Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur ist dies notwendig. Dabei muss sich ein Bewertungskriterium durchsetzen: Die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen.
- 20
- 25

K2

K2 - Musterantrag: ÖPNV außerhalb von Ballungsräumen neu denken

AntragstellerInnen: UB Schaumburg

Weiterleitungen: Juso-Landesvorstand zur Kenntnis,
SPD-Landtagsfraktion z.K.

Die Fraktionen der SPD auf Kreis- und Landesebene werden aufgefordert sich für eine langfristige Weiterentwicklung des ÖPNV außerhalb von Ballungszentren einzusetzen. Neben den Bahnen und herkömmlichen Linienbussen auf nachfragestarken Linien gehören hierzu Bürgerbusse im Linienverkehr sowie Rufbusse und Linientaxen. Um die Grundbedürfnisse an die Mobilität der Bevölkerung zu decken sind bei der Konzeptionierung der Verkehrsangebote Mindestanforderungen einzuhalten:

- An Verknüpfungspunkten zwischen Linien sind maximale Wartezeiten von 10 Minuten vorzusehen.
- Montags bis Freitags ist in der Zeit von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr mindestens eine stündliche, umsteigefreie Verbindung von jeder Siedlung in das nächstgelegene Grundzentren vorzuhalten. An Samstagen, Sonn- und Feiertagen kann das Angebot bedarfsgerecht auf einen Zweistundentakt reduziert werden.
- Von jeder Siedlung gibt es täglich zwischen 6.00 Uhr und 18.00 Uhr mindestens zweistündlich eine Verbindung mit maximal einem Umstieg in das nächstgelegene Mittelzentrum.
- Von jeder Siedlung gibt es täglich zwischen 6.00 Uhr und 18.00 Uhr mindestens zweistündlich eine Verbindung mit maximal drei Umstiegen in das nächstgelegene Oberzentrum.
- Zwischen Mittelzentren und dem nächstgelegenen Oberzentrum bestehen an Werktagen zwischen 6.00 Uhr und 20.00 Uhr mindestens stündliche Verbindungen mit maximal einem Umstieg. An Sonn- und Feiertagen bestehen diese Verbindungen mindestens alle zwei Stunden.

Zur Einhaltung dieser Mindestanforderungen ist die Einführung eines integrierten Taktfahrplans zunächst auf Kreis- und Landesebene zu prüfen. Zusätzlich sind alle Schulen und großen Arbeitgeber (> 100 Mitarbeiter) in Niedersachsen daran gehalten sich aktiv in die Entwicklung eines attraktiven ÖPNV-Angebots einzubringen.

K3

K3 - Recht auf selbstbestimmte Grundversorgung der Kommunen stärken

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

5 Wir fordern die generelle Neuregelung der Vergabe- und Vertragskriterien zwischen Kommunen und Versorgungsunternehmen. Das Ziel ist eine stärkere Selbstbestimmung der Kommunen über die Grundversorgung der Gemeinschaft. Die SPD ist dazu aufgefordert sich auf breiter Ebene für die Schaffung von Stadtwerken und eine größere Autonomie dieser einzusetzen. Der Investitionsschutz von EnergieerzeugerInnen und anderen VersorgerInnen ist dabei auf den Prüfstand zu stellen und dem Subsidiaritätsprinzips Einhaltung zu gebieten.

Antragsbereich: Organisation

O1	O1 - „Jugend-Quote“ für kommende Kommunalwahlen	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	Weiterleitungen: SPD Bezirksvorstand, Landeskonferenz, SPD Landesparteitag	

5 Wir fordern alle dem Bezirk Hannover unterstehenden Gliederungen auf, die Notwendigkeit einer perspektivischen Aufstellung von kommunalen Parlamenten zu unterstreichen. Um den WählerInnen ein interessantes Personaltableau zu präsentieren, sollte es mindestens einen aussichtsreichen Listenplatz auf der jeweiligen Liste zur Wahl der Orts-, Gemeinde- bzw. Stadträte sowie des Kreistages / der Regionsversammlung für mindestens eine/n KandidatIn im Juso-Alter (bis 35 Jahre) geben.

10

O2	O2 - Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare auf SPD-Bezirksebene	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag	

Ein Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare in der SPD auf Bezirksebene soll eingeführt werden.

O4

O4- Abhängigkeiten vermeiden - Transparenz schaffen - Spendenkodex installieren

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitungen: SPD Bezirksparteitag, Bundeskongress

Wir fordern, den § 3 der Finanzordnung der SPD wie folgt zu ergänzen (Ergänzungen kursiv und unterstrichen):

§ 3 (...)

- 5 (4) Das für die Finanzangelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied entscheidet über die Annahme einer Spende. *Spenden von natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen, welche erkennbar mit den moralischen und politischen Grundsätzen der Partei nicht im Einklang stehen und dieses zum Zeitpunkt der Spende bekannt ist, dürfen nicht angenommen werden.* Über die Annahme einer Spende, die im Einzelfall 2.000 Euro übersteigt, beschließt in den den Bezirken nachgeordneten Gebietsverbänden der Vorstand auf Vorschlag des für die Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandsmitglieds. Dieser Beschluss ist in einem Protokoll festzuhalten und bei den Kas-
- 10 senunterlagen aufzubewahren.

Ferner ist ein § 4b in der Finanzordnung zu ergänzen:

15 § 4b Sponsoring

- Finanzielle Unterstützung oder Unterstützung mittels Sachgütern von Unternehmen und Organisationen bei Veranstaltungen (Sponsoring) dürfen nur erfolgen, sofern diese in Ihren Zielen und ihren Arbeitsbedingungen/Wirtschaftsweise den Grundsätzen der SPD nicht erkennbar zuwiderlaufen. Die Bezirke sind angehalten ergänzend zu den Kenntnissen der kassenführenden Gliederungen entsprechende
- 20 Negative Listen zu führen und diesen zur Verfügung zu stellen.

Antragsbereich: Soziales und Familie

S1	S1 - Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht - geschlechtergerecht.	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitung an den SPD-Bezirksparteitag und Bundeskongress	

1. Ein Familienbild des 21. Jahrhunderts

5 Familien sind für uns ein Ort wo Menschen Verantwortung für einander übernehmen. Sie müssen deshalb eine wichtige Rolle in unserer Politik einnehmen. Das traditionelle Familienbild der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau ist nicht mehr zeitgemäß. Unsere Familienpolitik muss sich deshalb an der gesellschaftlichen Realität und unseren Forderungen an eine emanzipatorische Gesellschaft ausrichten.

Das bedeutet für uns konkret:

- 10
- Eine Ausrichtung der Familienpolitik losgelöst von einzelnen äußeren einzelnen Erscheinungsformen von Familien. Das bedeutet konkret eine Sensibilisierung für alle Erscheinungsformen von Familien bspw. im Schulunterricht.
 - Eine Ausweitung des Adoptionsrechts. Grundsätzlich muss gleichgeschlechtlichen Paaren und älteren Paaren die Möglichkeit der Adoption offen stehen. In jedem Fall muss eine konkrete Einzelfallbetrachtung stattfinden.
- 15

2. Unterstützung von Familien sicherstellen

Familiengründungen stellen für viele Menschen Herausforderungen dar. Die Politik muss deshalb für alle Familien Unterstützungsangebote liefern.

Das bedeutet für uns konkret:

- 20
- Wir fordern die Gründung von kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien. Diese sollen an den sozialen Strukturen der Kommunen ausgerichtet sein. Sämtliche AkteurInnen vor Ort wie beispielsweise Hebammen, MigrantInnenverbände und Kindertageseinrichtungen sind bei dem Aufbau dieser Netzwerke einzubinden.
 - Das Land Niedersachsen soll für Städte und Gemeinde Mittel bereit stellen zum Aufbau von diesen kommunalen Unterstützungsnetzwerken für Familien.
- 25

3. Familien brauchen finanzielle Sicherheit

Familiengründungen dürfen nicht zu Armut führen. Die finanziellen Hürden zur Familiengründung sind deutlich. Wir wollen diese Situation nicht länger hinnehmen. Wir fordern eine Politik, die Familien vor Armut schützt und so Familiengründungen finanziell absichern.

Das bedeutet für uns konkret:

- 5
- Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Familien. Die Wohnungsknappheit sorgt für Probleme für Familien, insbesondere in Städten
 - Finanzmittel müssen nach tatsächlicher Bedürftigkeit ausgezahlt werden. Familienleistungen dürfen nicht länger gegen andere Sozialleistungen aufgerechnet werden.

4. Flexibilität in Arbeit, Ausbildung und Studium für Familien

10 Familienbiographien sind selten einheitlich und über Generationen planbar. Verschiedene Phasen der Familienbiographien erfordern unterschiedlichen Zeitaufwand für Familie, Arbeit und Ausbildung. Gerade die Phase der Berufsfindung und Familiengründung zwischen 25 und 40 stellt viele Menschen vor Herausforderungen. Wir fordern eine Politik, die allen Menschen die Freiheit gibt ihre Familienplanungen selbstständig und ohne die Gefahr ins berufliche Abseits zu geraten, sicherstellt.

15 **Das bedeutet für uns konkret:**

- Zukünftig müssen familienpolitische Maßnahmen an Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein und nicht mehr an finanzpolitischen Rahmenbedingungen.
- Arbeitsplätze müssen familienfreundlicher werden. Zum einen erfordert das einen Ausbau von Arbeitszeitkonten, zum anderen müssen große ArbeitgeberInnen familienfreundliche Büros mit Wickelmöglichkeiten und Spielzeug zur Verfügung stellen.
- Arbeitszeitverkürzungen für Eltern junger Kinder. Diese sollen gleichberechtigt zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden.
- Prüfungsordnungen müssen überarbeitet werden, um die Möglichkeiten von Teilzeitstudiengängen zu erweitern. Das bedeutet auch gelockerte Prüfungsbedingung gezielt für Eltern. Die Infrastruktur für Familien muss auch an Hochschulen erweitert werden.
- Teilzeitausbildungen müssen für Eltern bei vollem Finanzausgleich möglich sein.

5. Kinderbetreuung für eine moderne Familienpolitik

30 Kinderbetreuung ist essentiell für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Der Staat muss eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und an den Bedürfnissen der Eltern ausgerichtete Kinderbetreuung sicherstellen.

Das bedeutet für uns konkret:

- KiTa Einrichtungen müssen länger geöffnet sein. Mittelfristig ist die flächenabdeckende und bedarfsorientierte Einführung von Kindertagesstätten, die 24 Stunden am Tag geöffnet sind zu prüfen.

- Kindertagesstätten in freier Trägerschaft müssen unter staatlicher Aufsicht stehen und klare Qualitätsstandards erfüllen. Kinderbetreuung stellt eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Staatsaufgabe dar.

5 • Eine Erhöhung der Betreuungsqualität. Gründe für den Fachkräftemangel sind geringe Vergütung, fehlende Zeit für Elternzusammenarbeit, ein hoher Krankenstand im Beruf und fehlende soziale Anerkennung. Diese müssen behoben werden. Eine Akademisierung des ErzieherInnenberufes lehnen wir ab.

10

S2	S2 - Abschaffung familienpolitischer Transferleistungen	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	

Die Jusos fordern, die familienpolitischen Transferleistungen des Bundes zu prüfen und nur solche beizubehalten die erwiesenermaßen im Rahmen einer modernen Familienpolitik sinnvoll ist.

5 Die hierdurch frei werdenden finanziellen Mittel sind den Ländern und Kommunen zu strukturellen und umfassenden Förderung von Kindern und Familien insbesondere durch kostenlose Kinderbetreuung und einen völlig kostenlosen Schulbesuch inklusive der Ausstattung mit notwendigem Schul- und Lernmaterial zur Verfügung zu stellen.

10 Sofern der Wegfall der staatlichen Transferleistung(en) zu einer Hilfebedürftigkeit im sozialrechtlichen Sinne bei bisherigen EmpfängerInnen führen würde, sind die Leistungen im Einzelfall nach den aufzuhebenden Rechtsvorschriften weiter zu gewähren. Hierbei sind Einsparungen durch kostenfreie Kinderbetreuung zu berücksichtigen.

S3

S3 – Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

5 Die Jusos Bezirk Hannover fordern eine Neubearbeitung der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion ("künstliche Befruchtung") durch den Bund und durch das Land Niedersachsen (Kinderwunschbehandlung), sodass auch unverheirateten heterosexuellen und homosexuellen Paaren, sowie Paare mit eingetragener Lebenspartnerschaft eine Kinderwunschbehandlung ermöglicht werden kann. Darüber hinaus fordern wir ebenfalls die Übernahme der Hälfte der Kosten durch die Krankenkassen für die genannten Paare. Bis zur Umsetzung der Übernahme durch die Krankenkassen sollen diese Kosten ebenfalls staatlich finanziert werden.

S4

S4 – Bezahlbarer Strom ist wichtig

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bundeskongress

Strom als Haushaltsenergie ist als Teil der Bedarfe der Unterkunft nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) anzuerkennen und damit nicht mehr in pauschalisierter Form zu gewähren.

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist daher wie folgt zu ändern:

- 5 - in § 20 Abs. 1 Satz 1 ist der Teilsatz „Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile“ zu streichen, sodass er folgenden Wortlaut erhält: „Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens.“
- 10 - § 22 Abs. 1 Satz 1 ist durch Ergänzung wie folgt zu ändern: „Bedarfe für Unterkunft, Heizung und Haushaltsenergie werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind.“
- § 22a Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung (Änderung kursiv): „Die Länder können die Kreise und kreisfreien Städte durch Gesetz ermächtigen oder verpflichten, durch Satzung zu bestimmen, in welcher Höhe Aufwendungen für Unterkunft, Heizung *und Haushaltsenergie* in ihrem Gebiet angemessen sind.“
- 15 - § 22 Abs. 3 Satz 1 ist wie folgt abzuändern (Änderungen kursiv): „Die Bestimmung der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft, Heizung *und Haushaltsenergie* soll die Verhältnisse des einfachen Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt *und der örtlich verfügbaren Energieversorger* abbilden.“

Die entsprechenden Mehrkosten sind den kommunalen TrägerInnen vom Bund zu erstatten.

- 20 Die Höhe des Regelbedarfes ist erst anzupassen, wenn die Differenz aufgrund der Berechnungen zur Regelbedarfshöhe verbraucht ist.

Hierbei ist von den TrägerInnen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, insbesondere vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales dafür Sorge zu tragen, dass die anfallende Mehrarbeit durch ausreichend zusätzliches Personal in den Jobcentern kompensiert wird.

25

Antragsbereich: Umwelt und Nachhaltigkeit

U₁	U₁ – Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln	
	AntragstellerInnen: UB Region Hannover	
	Weiterleitungen: SPD Bezirksparteitag, Bundeskongress	

Das Erreichen eines neuen Zeitalters der Energieerzeugung bleibt eine zentrale Herausforderung für die Politik der nächsten Jahrzehnte. Die Umsetzung der Energiewende muss seitens der Jusos kontinuierlich kritisch begleitet und politische Akzente gesetzt werden. Die vorhandene Gesetzgebung der Energiepolitik muss neuen Gegebenheiten angepasst und weiterentwickelt werden. Hierbei müssen ökologische und soziale Aspekte wieder stärker im Mittelpunkt stehen als dies gegenwärtig der Fall ist.

Die Kernpunkte unserer Forderungen definieren wir wie folgt:

- Der Ausbau und die Entwicklung erneuerbarer Energieformen sind weiterhin angemessen von staatlicher Seite zu fördern. Jede weitere Reduktion der EEG-Umlage (EEG: Erneuerbares Energie Gesetz) ist jeweils gründlich zu prüfen. Dabei ist abzuwägen ob die Mittel daraus nicht besser in geeignete Investitionsmaßnahmen für Klein- und Privaterzeuger sowie Projekte in öffentlicher Trägerschaft anzulegen sind, um eine gesunde Balance im Mix der Energieerzeuger erlangen und die Abhängigkeit von den großen Energieversorgern zu verringern. Bei Ausgaben für Forschung und Entwicklung ist ein eindeutiger Fokus auf die Entwicklung der regenerativen Energien zu legen. Ausgaben für Forschung auf dem Gebiet fossiler Energien sowie Kernenergie werden dagegen zurückgefahren und auf die Betreiber der jeweiligen Kraftwerksarten verlagert.
- Die effizientere Nutzung von Energie erfordert auch einen bewussteren Umgang mit dieser. Ausnahmen für energieintensive Betriebe von der EEG-Umlage werden überprüft und eingeschränkt, damit private Verbraucher nicht über Maß belastet werden und sich für gewerbliche ein zusätzlicher Anreiz zum Einsatz energiesparender Technologien bietet.
- Der beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft sorgt gegenwärtig für einen massiven Anstieg des Anteils der fossilen Brennstoffe am Energiemix. Bei eher mäßiger Entwicklung der regenerativen Energien führt dies jedoch zwangsläufig zu einem Anstieg des CO₂ Ausstoßes. Die Kraftwerksentwicklung muss daher einer engeren staatlichen Kontrolle unterliegen. Auf der einen Seite soll die Erschließung von Offshore-Windkraft Anlagen zügig erfolgen, um neue Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien zu schaffen. Auf der anderen Seite sind für bestehende Anlagen, die auf fossilen Brennstoffträgern basieren, Zeitpläne für geeignete Modernisierungsmaßnahmen zu entwickeln. Der Fortschritt im Ausbau von Kraft-

werken gerade in Bezug auf eine Reduktion des CO₂ Ausstoßes ist angemessen festzuhalten und muss der Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen zugänglich gemacht werden. Auf Nichteinhaltung dieser Entwicklungsvereinbarungen ist mittels Konventionalstrafen und im äußersten Fall auch durch Schließung der jeweiligen Anlagen zu reagieren.

- 5
- Die Entwicklung eines modernen Stromnetzes, das die Last für die Energieversorgung zukünftiger Generationen tragen kann und dabei auch den speziellen Charakter eines Mix aus verschiedenen erneuerbaren Energietechniken miteinbezieht, ist zügig voranzubringen. Es muss vermehrt der Dialog mit Anwohnern gesucht werden, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln die gegebenenfalls auch von so genannten Megatrassen Abstand nehmen.
- 10
- Fragwürdigen Technologien zur Erschließung und Überausbeutung von fossilen Ressourcen, wie dem Fracking, erteilen wir eine klare Absage. Auch eine experimentelle Erprobung dieser Technologie halten wir für nicht gewinnbringend und alle bisherigen Verordnungen sind zurückzunehmen. Damit weitere Genehmigungen in Zukunft nicht erst erteilt werden können, sind die Gesetze dahingehend zu überprüfen und Lücken zu schließen.
- 15
- Der Handel mit Emissionszertifikaten hat sich auf Grund verschwindend geringer Kurse überholt. Zu diesem System muss eine Alternative geschaffen werden, mit der gerade die großen Verursacher von CO₂-Ausstößen angemessener an den Kosten des Klimawandels und der Energiewende beteiligt werden. Die gesetzten CO₂ Reduktionsziele sind für uns unumstößlich und eine Nichteinhaltung bzw. Verschiebung kommt für uns nicht in Frage, daher ist ein zügiges Gegensteuern unerlässlich.
- 20
- Die Frage nach einer gerechten und sozialverträglichen Verteilung der Kosten für Energie ist eine zentrale Aufgabe linker Politik. Zur besseren Durchsetzung von Verbraucherinteressen wird eine möglichst flächendeckende Abdeckung durch Stadtwerke in kommunaler Trägerschaft angestrebt, die noch mehr als bisher vielfältige Aufgaben erfüllen können. Neben der Grundversorgung zu sozialverträglichen Tarifen können auch die Entwicklung von energiesparenden Wohnformen und geeignete Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Einrichten von E-Tankstellen, in den Aufgabenbereich von Stadtwerken fallen.
- 25

30

U3	U3 – Umfassendes Fracking-Verbot für ganz Deutschland	
	AntragstellerInnen: UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg	
	Weiterleitungen: SPD Bezirksparteitag, Bundeskongress, SPD Bundesparteitag	

Fracking soll in ganz Deutschland umfassend verboten werden.

5

U4

U4 – Abschaffung der Kastenstände und Kettenhaltung in der Tierzucht

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag

Wir fordern die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen Kastenstände in der Tierzucht sowie die Kettenhaltung in der Rinderzucht gesetzlich zu verbieten.

U5

U5 – Zustellung kommerzieller Werbesendungen ökologisch sinnvoll gestalten

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag

5 Die Jusos des Bezirk Hannover fordern ein Verbot von konventionellen Kunststoffhüllen für den Versand kommerzieller Werbesendungen (z.B. Warenprospekte, Kataloge). Zukünftig soll der Versand nur noch in Form loser Beilagen in Zeitungen bzw. in Verpackungen aus biologisch abbaubaren Materialien erfolgen oder nach Möglichkeit komplett auf elektronische Medien umgestellt werden insofern die EmpfängerInnen der elektronischen Zustellung zugestimmt haben.

Antragsbereich: Verschiedenes

V1	V1 – Leben retten mit Auffrischung von Erste-Hilfe-Kursen für FührerscheinbesitzerInnen	
	AntragstellerInnen: UB Hildesheim	
	Weiterleitungen: Bundeskongress, SPD Bundesparteitag	

5 Führerscheinbesitzende werden gesetzlich dazu verpflichtet ihre Kenntnisse zur Ersten Hilfe alle zwei Jahre in Kursen aufzufrischen. Eine entsprechende Bescheinigung ist über den Besuch eines Erste-Hilfe-Kurses ist beim Führen von Kraftfahrzeugen mitzuführen und auf Verlangen bei Fahrzeug- und Verkehrskontrollen vorzuzeigen.

10 Ferner werden die Fahrerlaubnisbehörden ermächtigt im Rahmen ihrer Aufgaben insbesondere bei der Prüfung der charakterlichen Befähigung zur Führung von Kraftfahrzeugen die Vorlage einer nicht über zwei Jahre alten Erste-Hilfe-Bescheinigung von der/dem Führerscheinbesitzenden zu verlangen.

Versäumnisse gegen diese Pflichten werden mit einem Punkt in der Verkehrssünderkartei bestraft auch im Wiederholungsfalle oder wenn der Aufforderung zur Vorlage eines Erste-Hilfe-Kurses nicht nachgekommen wird.

15 Anstelle des Nachweises über den Erste-Hilfe-Kurs tritt ein Nachweis ehrenamtlich oder hauptberuflich bei Feuerwehren und Rettungsdiensten oder pflegerisch oder medizinisch tätig zu sein.

Die Kosten für die Erste-Hilfe-Kurse können von der Steuer abgesetzt werden, sofern ein Bezug von Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII, von BAföG, BAB, Wohngeld oder Asylbewerberleistungen vorliegt werden die Kosten auf Antrag aus Mitteln des Bundes erstattet.

20

V2

V2 – Schluss mit dem „3. Weg“! – Tarifsicherheit und ArbeitnehmerInnenrechte für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Die Jusos Bezirk Hannover fordern für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser, Pflegedienste, KiTas etc.):

- 5 1. die schnellstmögliche Aufnahme von Tarifverhandlungen mit den zuständigen Tarifpartnern durch die Kirchen bzw. zuständigen Direktorien mit dem Ziel von Tarifabschlüssen für alle Beschäftigten
- 10 2. die Garantie uneingeschränkter Rechte von ArbeitnehmerInnen (z.B. Streikrecht, Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz)
- 15 3. eine Begrenzung der Einschränkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf den vom Tendenzschutz unmittelbar berührten Bereich (z.B. im Bereich der Verkündigung).

V3

V3 – Inkonsequenzen beim Hundeführerschein beseitigen

AntragstellerInnen: UB Hildesheim

Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag

Das Niedersächsische Gesetz über das Halten von Hunden (NHundG) wird dahingehend geändert, dass

- 5 a) eine vorliegende Sachkunde zum Halten von Hunden auch bei Personen angenommen wird, die innerhalb der letzten zehn Jahre vor Aufnahme der Hundehaltung für eine natürliche Person über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren ununterbrochen einen Hund gehalten oder mit Hundehaltenden in einem Haushalt zusammengelebt hat.
- b) als alternativer Nachweis der Sachkunde die Begleithundeprüfung anerkannt wird.
- c) von Hundehaltenden und Hunden, deren Verhalten in der Öffentlichkeit eine sachkundige Führung der Hunde bezweifeln lässt, eine Pflichtschulung zur Hundeführung abzulegen ist.
- 10 d) das zentrale Hunderegister abgeschafft wird.
- e) die Abnahme der Sachkundeprüfung durch einen Verbandstrainer erfolgen kann.

V4

V4 – Obdachlosigkeit erfassen

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Niedersächsische Landesgruppe der SPD
Bundestagsabgeordneten z.K.

:

Die SPD Fraktionen im Niedersächsischen Landtag und im Bundestag werden dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das Statistische Bundesamt, sowie das Landesamt für Statistik Niedersachsen Zahlen zur Obdachlosigkeit in Deutschland und Niedersachsen erheben soll.

5 Ferner sind in der Statistik auch solche Personen gesondert auszuweisen, welche wegen Verlust des Wohnraumes in einer kommunalen Notunterkunft zur Vermeidung von Obdachlosigkeit untergebracht sind.

Antragsbereich: Wirtschaft und Finanzen

W1	W1 – Freihandel nicht um jeden Preis! Unsere Bedingungen für ein Transatlantisches Abkommen!	
	AntragstellerInnen: Bezirksvorstand	
	SPD-Bezirksparteitag und Bundeskongress	

5 Eine Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA kann eine Chance für die Wirtschaft der EU sein. Vor allem Mittelständische Betriebe könnten unter bestimmten Bedingungen von einer Senkung der Zölle, vereinheitlichten Normen und erleichterten Zertifizierungen profitieren. Angesichts der Vorbereitung einer Transpazifischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und einigen ostpazifischen Staaten scheint jedoch von entscheidender Bedeutung für Europa zu sein, an einem Regelwerk für Handel und Investitionen mitzuarbeiten, das globale Maßstäbe auch in Hinblick auf soziale, kulturelle und ökologische Standards sowie Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz setzt. Dennoch darf es Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA nicht um jeden Preis geben. Es darf zu keinem Abbau sozialer und ökologischer Standards sowie des staatlichen Daseinsvorsorgeprinzips kommen. Auch hinsichtlich der Grundwerte demokratischer und juristischer Strukturen darf es keine Einschnitte geben.

15 Unsere Kritik an den derzeitigen Verhandlungen zu den Freihandelskommen und dem derzeitigen Mandat umfasst daher folgende Punkte.

- ➔ Wir sind gegen eine automatisch-fortschreitende Privatisierungs- und Liberalisierungsagenda. Die öffentliche Daseinsvorsorge hat für uns einen hohen Stellenwert, den es zu erhalten gilt. Für uns ist deshalb klar, dass öffentliche Dienstleistungen nicht im Rahmen der derzeit geführten Negativliste verhandelt werden dürfen.
- 20 ➔ Wir lehnen zudem die Stillstands- und Einrastklauseln ab. Stillstandsklauseln sollen bisherige Privatisierungen und Liberalisierungen absichern, und Einrastklauseln zielen darauf ab, dass zukünftig nur ein Mehr an Privatisierungen und Liberalisierungen vertragskonform wären. So sollen Dienstleistungen, die einmal dem Markt übereignet wurden, nicht wieder dem Staat zufallen dürfen. Wir wissen aber, dass es in vielen Bereichen notwendig ist, den Staat mit Aufgaben öffentlichen Interesses zu betreiben, besonders wenn es um die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung geht.
- 25 ➔ Auch die Investitionsschutzklauseln, die im Rahmen von Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) verhandelt werden sollen, sehen wir kritisch. Es darf auch für zukünftige Regelungen und Schutzrechte, wie beispielsweise den Mindestlohn, keine Möglichkeit für Unternehmen geben, den Staat wegen nicht erzielter Gewinne oder fehlgeschlagener Investitionen zu verklagen. Recht muss im Rahmen von Verfahren mit staatlicher Beteiligung durch ordentliche Gerichte gesprochen werden.
- 30

- 5 → Wir sehen zudem große Probleme beim Finden eines Kompromisses in den Bereichen des Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes. Für uns ist klar, die betriebliche Mitbestimmungen durch Betriebsräte und Gewerkschaften, sowie die Tarifautonomie dürfen nicht angetastet werden. Auf einen gemeinsamen Nenner im Bereich des Arbeitnehmerschutzes zu kommen, wenn einer der Vertragspartner nicht einmal alle Punkte des ILO-Kernabkommens umgesetzt hat, ist fast unmöglich. Auch im Bereich des Verbraucherschutzes, in welchem wir in vielen Jahren wichtige europäische Standards erarbeitet haben, sehen wir wenig Raum für Verhandlungen. Wir halten es deshalb für notwendig, diese Bereiche aus dem Abkommen herauszunehmen.
- 10 → Zudem kritisieren wir die Intransparenz der bisherigen Verhandlungen. Nur nach und nach und durch große Proteste der Zivilgesellschaft wurden Dokumente veröffentlicht und Details der Abkommen mitgeteilt. Dies muss sich ändern. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger über die Verhandlungen umfassend informiert werden.
- 15 → Wichtig ist auch, dass kein Abkommen für die Ewigkeit gemacht ist. Es muss möglich sein bei aufkommenden Probleme oder sich veränderten Umständen Teile des Abkommens herauszunehmen oder das Abkommen zu kündigen.

Es gibt viele Verhandlungspunkte, die Grund zur Kritik bieten. Wir halten es für unabdingbar, dass zunächst eine Einigung darüber erzielt wird, dass der Erhalt und die Verbesserung der sozialen, ökologischen und kulturellen Standards, die dem Wohlergehen der Bevölkerung dienen, den absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Verbesserungen des Marktzugangs in den Verhandlungen haben. Wir stehen deshalb dafür ein, dass große Teile aus den Abkommen herausgenommen werden und ein begrenzter Umfang der Verhandlungsmasse nach klaren Regeln und Vorgaben von den Vertragsparteien hinsichtlich des Abbaus von Handelshemmnissen bearbeitet wird.

Wir fordern daher:

25 -dass die derzeitigen Verhandlungen abgebrochen werden sollen und es ein neues Mandat unter den genannten Forderungen ausgehandelt wird.

-dass sich das Abkommen auf eine kleinere Verhandlungsmasse als bisher beziehen soll, wir schlagen hinsichtlich des Marktzugangs für Güter den Handel mit ausschließlich technischen Gütern vor, da hinsichtlich vieler anderen Güter zum Beispiel Lebensmittel, Chemikalien, Kosmetika etc. eine Übereinkunft kaum zu erreichen scheint.

-dass die Verhandlungen nur im Rahmen einer Positivliste geführt werden dürfen. Die Verhandlung über eine Negativliste mit zwei Anhängen, von denen die eine Stillhalte- und Sperrklinkenklauseln enthält, ist ein zu unsicheres und intransparentes Verfahren, das auch nicht mit aller Klarheit verhindert, dass zukünftige sensible Dienstleistungen, die unter die Daseinsvorsorge und unter den staatlichen Schutz fallen, ausgeschlossen sind. Wir fordern die Bewahrung der europäischen Standards und die Möglichkeit zu ihrer Verbesserung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Verbraucherrechts, des Datenschutzes und der europäischen Sozial-, Lebensmittel- und Umweltstandards ebenso wie die Sicherung der Vielfalt und Unabhängigkeit unserer Kultur- und Medienwelt. Dies bedeutet, dass die genannten Standards nicht als Handelshemmnisse gesehen werden und daher nicht Gegenstand von Verhandlungen der Europäischen Kommission und ihres amerikanischen Partners sind.

- 5 -dass, die Vereinbarung der regulatorischen Kooperation ab, die trotz voneinander abweichender Sicherheitsanforderungen die gegenseitige Anerkennung oder Angleichung der jeweiligen eigenstaatlichen Regulierungen intendiert, abgelehnt wird. Der Versuch einer Steuerung der nationalen und europäischen Gesetzgebung durch einen transatlantischen Regulierungsrat, der auch nach Abschluss eines Vertrags seine Befugnisse behält, sowie die Vertretung von multinationalen Konzernen durch „Stakeholder“, also Interessenvertreter, ist ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie und ihre Gesetzgebung. Dieser Versuch, Marktinteressen über die staatliche Regulierungsbefugnis zu setzen, muss verhindert werden.
- 10 -dass alle Verhandlungsunterlagen offen gelegt werden und dass die Verhandlungen transparent und unter Beteiligung von Vertreter und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft geführt werden
- dass eine Ausstiegsklausel erarbeitet wird; die Vereinbarung einer Frist, innerhalb derer der Handelsvertrag TTIP einseitig gekündigt werden kann
- dass zudem der bilaterale Vertrag so abgefasst sein sollte, dass er gegebenenfalls den Beitritt anderer WTO-Partner ermöglicht.
- 15 -dass es kein direktes Klagerecht eines Investors gegen die Bundesrepublik Deutschland vor ad hoc gebildeten, nicht staatlichen Schiedsgerichten gibt. Für uns ist unverzichtbar: Die Rechtsprechung obliegt allein staatlichen Gerichten. Eine Rechtsprechung in intransparenten Verfahren vor geheim tagenden privaten Schiedsgerichten darf es auf Grund des Rechtsprechungsmonopols im Grundgesetz und der Autonomie des Unionsrechts auf der EU-Ebene nicht geben
- 20 -dass eine Berufungsmöglichkeit muss geschaffen werden.

W2

W2 – Demokratische Verhandlung und Kontrolle von Freihandelsabkommen

AntragstellerInnen: UB Hildesheim

Weiterleitung: Bundeskongress, SPD Bundesparteitag

1. Alle Verhandlungen zu Freihandelsabkommen werden offen und transparent von gewählten Volksvertretern geführt. Senkungen im Bereich von Verbraucherschutz, Datenschutz Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz dürfen nicht stattfinden.

2. Investorenschutzklauseln und Schiedsgerichte:

5

a) Investorenschutzklauseln und Schiedsgerichte entziehen sich der staatlichen Gerichtsbarkeit und müssen ersatzlos aus jeden Verhandlungen gestrichen werden.

b) Bestehende Freihandelsabkommen müssen dahingehend überprüft und geändert werden.

c) Der Schutz der öffentlichen Daseinsfürsorge ist zu gewährleisten.

10

Die europäische Strategie im Umgang mit Staatsschulden ist zu überdenken und neu aufzustellen. Eine Politik der reinen Austerität ist ganz offensichtlich nicht zielführend.

5 Stattdessen sollten die europäischen Partner einen europäischen „Marshallplan“ vereinbaren, der weiter denkt und nicht nur die Reduzierung der Schulden in den Fokus nimmt, sondern auch den Aufbau der Wirtschaft und die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. Darin enthalten sein sollten auch Zielvereinbarungen für sinnvolle nationale Reformen, die „fehlerhafte“ Strukturen verbessern.

10 Für die untragbare Schuldenlast Griechenlands – die mit keinem anderen Land der Europäischen Union vergleichbar ist – kann ein Schuldenschnitt sinnvoll sein, wenn dieser mit sozialverträglichen Reformen einhergeht. Im Rahmen einer neuen europäischen Schuldenstrategie muss diese Möglichkeit geprüft werden, weil es nicht im Sinne der europäischen Einigung ist, wenn ein Land darunter leidet, dass hauptsächlich deutsche und französische Banken in unverantwortlicher Weise Kredite vergeben.

W5

W5 – Kampf dem Steuerbetrug: „Insika“ einführen

AntragstellerInnen: UB Holzminden

Weiterleitung: Bundeskongress

5 Das Bundeswirtschafts- und das Bundesfinanzministerium werden aufgefordert, die Einführung des Kassenkrollchips „Insika“ (Integrierte Sicherheitslösung für messwertverarbeitende Kassensysteme) rechtlich bindend zu forcieren, um Steuerbetrug und –vermeidung auch in der Bundesrepublik Deutschland effektiv zu unterbinden und die Arbeit der Steuerprüfer und –fahnder zu vereinfachen.

Da Erfahrungen zeigen, dass Insika-Kassen ohne rechtlichen Zwang unverkäuflich sind, ist ein entsprechendes Gesetz unumgänglich.

W6

W6 – Wirtschaftsprofit vor Menschenrechte? Nicht mit uns.

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: SPD Bezirksparteitag

Die Jusos Bezirk Hannover fordern die niedersächsische Landesregierung auf zukünftig bei der Frage von wirtschaftlichen Partnerschaften des Landes Niedersachsen die Menschenrechtssituation in den möglichen Partnerländern als Kriterium des Eingehens einer solchen Partnerschaft darstellen soll.

Dies umfasst insbesondere:

- 5 * Zustimmung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR).
- * gesicherte Frauenrechte, insbesondere der Gleichbehandlung von Frauen und Männern.
- * Das Recht auf freie Entfaltung der sexuellen Identität
- * Religionsfreiheit
- * Geschützter rechtlicher Status von Minderheiten.
- 10 * Meinungs- und Pressefreiheit.
- * Schutz vor Folter.
- * Rechtsstaatlicher Schutz vor willkürlichen staatlichen Bestrafungen.
- * grundlegende Rechte von ArbeitnehmerInnen.

15

W7

W7 – Qualitätssicherheit für Fair Trade & Bio-Siegel in der Europäischen Union

AntragstellerInnen: UB Region Hannover

Weiterleitung: Bundeskongress

5 Die Jusos des Bezirk Hannover fordern die SPD-Abgeordneten der S&D-Fraktion des Europäischen Parlaments auf, sich in der Gesetzgebung für eine größere Einheitlichkeit und Einhaltung der Mindeststandards der in der EU gültigen Fair Trade & Bio-Siegel sowie deren regelmäßige Akkreditierung einzusetzen. Insbesondere bei der Auszeichnung von Endprodukten müssen höhere Anforderungen an die Zusammensetzung der Rohstoffe gelten. Bei Nichteinhaltung oder einer Aufweichung der Qualitätsstandards soll es ferner noch eher möglich sein, Siegel abzuerkennen bzw. deren Wiedervergabe zu verweigern.

5 Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat bereits VerfassungsrechtlerInnen in der Frage, wie man die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts beschneiden könne, zu Rate gezogen. Grund hierfür ist offenbar der Unmut der Union bezüglich der jüngsten Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Erst kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht die Ausweitung des Ehegattensplittings auf gleichgeschlechtliche Paare sowie die Stärkung ihrer Adoptionsrechte beschlossen.

10 Die Union denkt bereits darüber nach, die bislang zwölfjährige Amtszeit der RichterInnen zu verkürzen. Harmloser wirkt dagegen noch die Ankündigung, zukünftig stärker auf die Auswahl von KandidatInnen für die RichterInnenposten zu achten. Schwere wiegt jedoch der Vorwurf der UnionspolitikerInnen, dass Karlsruhe mit seinen Urteilen eine Liberalisierung der Gesellschaft vorantreibe und dabei die eigenen Zuständigkeiten überschreite. Das Gericht mache Gesellschaftspolitik und das schmeckt der Union gar nicht.

15 Wir unterstreichen nachdrücklich die Stellung des Bundesverfassungsgerichtes als Hüter des Grundgesetzes und als unabhängiges Verfassungsorgan und fordern die Union auf, diese Stellung anzuerkennen. Die Struktur und die Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichts dürfen nicht verändert werden.

20 Wir fordern außerdem die bisherige Praxis, bei der ein Bundestagsausschuss die Hälfte der 16 VerfassungsrichterInnen mit Zweidrittelmehrheit wählt, abzuschaffen. Artikel 94 des Grundgesetzes enthält die klare Formulierung „Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrat gewählt.“. Dieser unaufgebbaren parlamentarischen Gesamtverantwortung muss nachgekommen werden. Dem Bundesverfassungsgericht kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Daher fordern wir, die Wahl seiner Mitglieder dem Plenum der Abgeordneten in öffentlicher Sitzung vorzubehalten. Die vom Bundesrat zu berufenden RichterInnen werden natürlich weiterhin von der ganzen Länderkammer mit Zweidrittelmehrheit gewählt.

Nach der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten-Regelung im Herbst 2014 wird jetzt eine weitere Verschärfung des Aufenthaltsrecht geplant, welche fast jedeN AsylsuchendeN automatisch zum/zur GesetzesbrecherIn macht.

5

Was die rassistische PEGIDA-Bewegung auf der Straße fordert („Die Ausschöpfung und Umsetzung der vorhandenen Gesetze zum Thema Asyl und Abschiebung“) will die Große Koalition nun kompromisslos umsetzen. Eine zugespitzte Abschieberegulation steht dann auch im Mittelpunkt des „Gesetzentwurfs zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“.

10

Abschiebungen sollen in Zukunft schneller und konsequenter durchgeführt werden, unter anderem durch eine massive Ausweitung der Abschiebehaft. So könnten Geflüchtete, die gewisse Anhaltspunkte dafür liefern, dass sie sich einer Abschiebung durch Flucht entziehen wollen, künftig inhaftiert werden können. Die derzeitige Liste der Anhaltspunkte ist dabei so umfangreich ausgefallen, dass fast alle Geflüchteten, die nicht auf dem Luftweg sondern über einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland einreisen, automatisch dagegen verstoßen „müssen“. Insbesondere trifft diese Neuregelung auch Asylsuchende, die unter die sogenannte Dublin-III-Verordnung fallen.

15

Zusätzlich sollen die Möglichkeiten zur Verhängung eines Einreise- und Aufenthaltsverbots deutlich verschärft werden. So betrifft diese Regelung zum Beispiel Personen, die aus einem „sicheren Herkunftsland“ kommen und deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurden, oder wenn die betreffenden Personen der Ausreisepflicht nicht nachgekommen sind, was faktisch für alle Geduldeten zutrifft. Damit würde die geplante Verbesserung der Bleiberechtsregelung, wie sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde - im gleichen Atemzug durch die Hintertür - wieder ausgehöhlt!

20

25

KritikerInnen des Entwurfs sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass die neuen Regelungen zur Abschiebehaft wie ein „Inhaftierungsprogramm“ für Asylsuchende wirken können.

Aus diesem Grund wenden wir uns gegen den Gesetzentwurf, der im Juni 2015 in Kraft treten soll.

30

Wir werden nicht schweigend zuschauen. Wir werden unseren Protest in die Öffentlichkeit tragen und auch zu den politisch Verantwortlichen. Wir werden diese weitere Verschärfung des Asylrechts nicht tatenlos hinnehmen.

Deshalb sagen wir „NEIN“ zum neuen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung! Für ein solidarisches Miteinander zwischen Menschen statt Ausgrenzung.

35

Flucht ist kein Verbrechen! Refugees are welcome here!

